

52. Jahrgang

4-2019

€ 5,00

R-UHRBANES

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
Wohin mit den Nachlässen?
- 4** Wolfgang Belitz
Verhängnisvolle „Dienstgemeinschaft“

SCHWERPUNKT: R-UHRBANES

- 5** Robert Bosshard
Der Handstand von Oberhausen
- 6** Robina Cronauer
Bitte keine Ruhrgebietsromantik!
- 7** Heiko Koch
Rechte Bürgerwehren im Ruhrgebiet
- 9** Jürgen Klute
Die Zukunft der Arbeit im Ruhrgebiet (Teil 1)
- 11** Rebekka Scheler
Wo komm' wir her, wo geh'n wir hin?
- 11** Maximilian Wenzel
Ruhrgebiet by Bike – Gottes Raucherlunge
- 12** Heiko Holtgrave
Mobilität: Kein Luxusartikel!
- 13** Rolf Euler
Mobilität – im Revier doch nicht!
- 14** Andreas Müller
„KEINEN PFENNIG MEHR – NULLTARIF IM NAHVERKEHR!“
- 15** Ulrich Hapke
Johannes rettet 250 Jahre alte Eiche
- 17** Peter Schmidt
Der Jahnwald in Marl:
Ein vernetzter Finanzinvestor und die Kraft einer BI
- 18** EINLADUNG zum 25. Januar:
Manfred Walz erinnern
- 19** Peter Strege
Von wegen Paradies vergessen!

Menschenorte 42

- 20** Sebastian Müller
**Die HeidelbÜrger wohnen noch nicht.
Sie arbeiten daran.**
- 21** Was vorüber ist, ist nicht vorüber.
Nachruf auf Wolf-Dieter Just

1wurf

- 22** Einhard Schmidt-Kallert
**Landbesetzungen und Hausbesetzungen –
aber Geschichte wiederholt sich nicht immer!**

Palästina

- 23** Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden
in Nahost e.V. – 07.10.2019
Stellungnahme zum Vorhaben des Berliner Innen-
senators, andersdenkende Juden zu verfolgen

Impressum ...	Seite 16
Abo-Bestellschein ...	Seite 8
Lesetipps ...	Seiten 10, 13, 23
Anzeige KD-Bank	Seite 2
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Wir wollen R-UHRBANES, den Stadtmatsch des Ruhrgebiets ungeschönt sezieren. Jedes Kind im Ruhrgebiet weiß aus der Grundschule, dass Wasser für die Küchen, Badezimmer und Toiletten im Ruhrgebiet durch die Stadtwerke über lange Leitungen entweder aus Halterner Sanden oder aus den künstlichen Sandfängen des Ruhrtals gepumpt werden muss. Vor den Haustüren des Ruhrgebiets entspringen keine Quellen, schon gar keine in Trinkwasserqualität. Die Urbanität des Ruhrgebiets lebt von wassertechnischem Know-How, das R-UHRBAN durch kommunal- und regionalpolitisch steuernde Unternehmen auf die Beine gebracht wird. Eine kommunalpolitische Mehrheit vergreift sich aber auch nicht selten, wie jetzt gerade die sozialdemokratische in Castrop-Rauxel, in deren Baupläne eine 250 Jahre alte Eiche nicht passt, die die Mehrheit ihrer Bürger erhalten will. Die angeblichen grünen Lungen oder Stadtbrachen des R-UHRBANEN, die wir uns nicht richtig trauen können, Natur zu nennen, so Klima-gestresst wie sie sind, sind es nur auf Zeit.

Die ökologische Zeitenwende verpasst die R-UHRBANE Verkehrspolitik nachhaltig. Die Autobahnen A 40, A 43 und A 52 werden immer breiter gebaut, unterstützen das ökologisch so schädliche Auto-Fahren und die LKW-Logistik. Das regionale Schienenverkehrsnetz, das auszubauen sinnvoll wäre, wird unzureichend bedacht, wenn nicht sogar abgebaut, wie die alten direkten Verbindungen von Nord nach Süd, von Recklinghausen bis Hattingen. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr verpasste es gerade wieder, das so genannte Sozialticket für Leute mit Niedrigeinkommen unter seine Fittiche zu nehmen, es zu regionalisieren, zu subventionieren und den Preis drastisch zu senken, was der R-UHRBANEN Lebensweise entsprechen und einen deutlichen Zuwachs der Nutzer angeschoben hätte.

Der nächste **AMOS** bringt im März 20 den Fokus auf R-Uhrbanes Klima. Zuvor, im Januar, laden wir ein zu zwei Veranstaltungen:

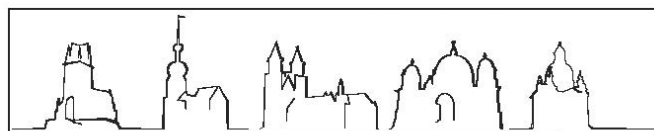
Samstag, 11. Januar, 11 – 14 Uhr: die **AMOS**-Jahresversammlung im „BuntStift“-Gemeinschaftshaus (Stiftstr. 40, 44892 Bochum-Langendreer). Planungen, Verantwortlichkeiten, die Schwerpunkte der **AMOS**-Hefte in 2020 u.a. besprechen wir dort öffentlich. Wir denken bisher an folgende Schwerpunkte: 1|20: R-UHRBANES II, 2|20: Für Frieden, gegen Krieg, 3|20: Eine andere Welt ist möglich – auch mit „Schönem“, 4|20: Krisen in der Welt – Alternativen.

Und für Samstag, 25. Januar von 12 – 16 Uhr laden Angehörige und Weggefährten von Manfred Walz, wir vom **AMOS** und Menschen aus dem Mehrgenerationenhaus „BuntStift“ ein: was Manfred (der am 22. Januar 2020 80 Jahre alt geworden wäre) wichtig war und was uns heute und morgen wichtig ist; Einladung auf Seite 18.

AMOS dankt Brigitte Kraemer für Ihr Geschenk: Vier Bilder aus dem Band „Im guten Glauben“, als Jahresgabe hier im Heft, Infos dazu von Robert Bosshard auf Seite 10.

Und für alle, die ein Jahr lang **AMOS** verschenken wollen, liegt auch dieser Nummer der Bestellschein für ein Geschenk-Abo bei.

Wir wünschen gute Feiertage und ein widerborstig-aktives Jahr 2020. **AMOS**



Wir sind Ihre Bank.

Als kirchliche Selbsthilfeeinrichtung bieten wir Institutionen aus Kirche und Diakonie aber auch Privatkunden das gesamte Produktspektrum einer modernen Bank an. Seit über 90 Jahren.

Wir beraten Sie gern.



Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank
www.KD-Bank.de ■ Fon 0231 58444-0 ■ Info@KD-Bank.de

Hermann Schulz

Wohin mit den Nachlässen?

Spontan begann ich diesen Beitrag mit dem Satz, ich hätte Einige ‚Leichen im Keller‘. Nun lass ich ihn so stehen. Zwei davon möchte ich thematisieren:

In der vergangenen Ausgabe von *AMOS* hatte ich von dem Plan berichtet, die biblischen Bilder aus Solentiname nach mehr als 40 Jahren nach Nicaragua zu bringen. Der Artikel war nicht ohne Folgen: es gab zwei konkrete Anfragen nach Ausstellungen, bevor der Versand stattfindet: Aus Düsseldorf und aus Dachau. Einige Freunde schickten Geld, für das ich herzlich danke.

Die Rückführung der Bilder nach Zentralamerika gestaltet sich kompliziert wegen der politischen Situation in N. und der dort grassierenden Korruption. Aber die Planungen gehen voran. Noch sind die Bilder in meinem Keller.

Das Haus in Wuppertal, in dem ich wohne, gehörte dem Künstler Willi Dirx, der 2002 gestorben ist. Mit seinem Sohn hatte ich verabredet, dass die Holzplatten (Grundlagen für seine Grafiken) für fünf Jahre in meinem Keller verbleiben könnten; daraus sind fast 20 Jahre geworden. Es handelt sich um das komplette Lebenswerk dieses Künstlers, Vorlagen aus Holz und Linoleum, insgesamt mehr als 2.000 Werke, rund 12 laufende Regalmeter oder mehr.

Weil ich meinen Kindern dieses ‚Erbe‘ nicht hinterlassen möchte, begann ich in Absprache mit der Erbin, der Schwiegertochter von Willi, mich nach einer Möglichkeit umzusehen, diesen Schatz in verantwortliche professionelle Hände zu geben. Wohin damit?

Da haben es Autoren von Büchern leichter: ein paar Dutzend Bücher oder Manuskripte sind in Stadtarchiven, Bibliotheken oder Universitäten immer unterzubringen, nicht aber hunderte von Holzplatten!

Nun ist Willi Dirx in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus kein Unbekannter: Der (katholische) Bergarbeitersohn aus Recklinghausen gestaltete mehrere Kirchen am Niederrhein, wurde mehrfach ausgezeichnet, pflegte Freundschaften zu Alfred Kubin, Heinrich Böll und den Nachkommen von Otto Pan-
kok.

Pfarrer Wilhelm Böhm (*AMOS*-Leser) aus Leverkusen war der Initiator einer umfassenden Ausstellung, die vor 15 Jahren in ca. zehn Städten gezeigt wurde. (Die Bildmappe im Großformat mit 26 Abbildungen ist beim Autor dieses Artikels zum Preise von 20 € noch zu haben). Dann erlahmte das Interesse an diesem Künstler, er geriet in Vergessenheit.

Meine bisherigen Versuche, Archive für Künstler-Nach-

lässe in NRW für diesen Nachlass zu gewinnen, waren bisher vergeblich; ebenso Anfragen beim von-der-Heydt-Museum in Wuppertal, der Kunstschule der Universität, der Stadt Wuppertal.



DENN DU HAST
DAS JOCH IHRER
LAST UND DIE RUTE
IHRER SCHULTER
UND DEN STECKEN
IHRES TREIBERS
ZERBROCHEN WIE
ZUR ZEIT MIDIAN'S
DENN ALLE
RÜSTUNG DERER
DIE SICH MIT UN-
GESTÜM RÜSTEN
UND DIE BLUTIGEN
KLEIDER WERDEN
VERBRANNT UND
MIT FEUER VER-
ZEHT WERDEN
DENN UNS
IST EIN KIND
GEBOREN EIN
SOHN IST UNS GE-
GEBEN UND DIE
HERRSCHAFT
RUHT AUF SEINER
SCHULTER UND
ER HEISST
WUNDERBAR
KRAFT HELD
EWIG-VATER
FRIEDEFÜRST
JESAJA

Wohin mit diesem Lebenswerk? Vielleicht haben ja die-
se *AMOS*-Leserin oder jener *AMOS*-Leser dazu einen Vor-
schlag, eine Anregung. Das würde dankbar aufgenommen,
auch wenn es nur Versuche wären. Der hier abgebildete Holz-
schnitt (Erschrockener Hirte, Jesaja, 1962) mag Euch einen
Eindruck vermitteln von der Kraft und der Schönheit seiner
Arbeiten!

Kontakt per E-Mail: schulz-hermann@t-online.de

Hermann Schulz lebt als Autor von Kinder- und Jugendbüchern in Wup-
pertal.

Wolfgang Belitz

Verhängnisvolle „Dienstgemeinschaft“

„Dienstgemeinschaft“ ist die offizielle gesetzliche Bezeichnung für das in Kirche und Diakonie (KuD) arbeitende Kirchenvolk.

Ich habe mich immer wieder mit diesem nebulösen Begriff „Dienstgemeinschaft“ befasst und konnte mit dem heiligen Wort des kirchlichen Establishments wenig anfangen. Es findet sich nicht in der Bibel und in den kirchlichen Bekenntnisschriften. Sein Vorkommen ist auf Texte des kirchlichen Arbeitsrechts beschränkt, sowie Voten und Reden aus dem kirchlichen Establishment. Kirchliche MitarbeiterInnen erleben eher Dienstherrschaft als „Dienstgemeinschaft“.

Der Sozialwissenschaftler und kirchliche Mitarbeiter Hermann Lührs (Mitglied der ARK der EKD) veröffentlichte 2007 einen bahnbrechenden Text mit dem Titel: „Kirchliche Dienstgemeinschaft, Genese und Gehalt eines umstrittenen Begriffs“. (in: *Kirche und Recht* 2007, S. 220-245 u. weiteren Veröffentlichungen) Fazit seiner historischen Spurensuche:

Zum Zeitpunkt 1930 ist die Dienstgemeinschaft kein Bestandteil des kirchlichen Lebens oder der Glaubenslehre beider Konfessionen – und zwar weder in der Weite der theologisch-enzyklopädischen Zusammenfassungen noch im engeren Funktionsbereich von Diakonie und Caritas. Die Dienstgemeinschaft kommt als Kategorie des kirchlichen Selbstverständnisses schlechterdings nicht vor.

Das Wort „Dienstgemeinschaft“ ist eine schillernde Wortkonstruktion des Nationalsozialismus und hat hier seinen exklusiven Ursprung. Ab 1934 gilt das „Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben“, darin heißt es in § 2 Abs. 2:

„Der Führer (i.e. Betriebsführer) sorgt für das Wohl der Beschäftigten. Diese haben ihm die in der Dienstgemeinschaft begründete Treue und eingedenk ihrer Stellung im öffentlichen Dienst in ihrer Dienstleistung allen Volksgenossen Vorbild zu sein...“

Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden dann 1938 die Tarifverträge ersetzt durch die „Allgemeine Tarifordnung“ und die darauf aufbauenden Tarifordnungen A und B. In den Präambeln dieser Texte heißt es:

„Im öffentlichen Dienst wirken zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat alle Schaffenden zusammen. Die ihnen gestellte hohe Aufgabe erfordert eine Dienstgemeinschaft im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung, vorbildliche Erfüllung der Dienstpflichten und ein ihrer öffentlichen Stellung angemessenes Verhalten in und außer dem Dienst.“

Diese Tarifordnungen wurden durch ausdrückliche Beschlüsse kirchenleitender Organe für KuD 1938 in Kraft gesetzt.

So wurde der Begriff „Dienstgemeinschaft“ in der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie eingeführt und so ist es bis heute geblieben! Ja, er fiel in KuD auf geradezu fruchtbaren Boden, weil KuD sich zu weiten Teilen dem Zeitgeist geöffnet hatten und den Maßnahmen des NS-Regimes mehr als willig Folge leisteten. Zitat:

„Innere Mission und Nationalsozialismus gehören in Deutschland zusammen!“ (Lösung des Diakonietags 1933 in Hamburg)

Unter dem Begriff Dienstgemeinschaft verwirklichte sich die ganze unmenschliche Härte der NS-Weltanschauung in der Arbeitswelt: Das Führer-/Gefolgschaftsprinzip wurde eingeführt und Errungenschaften aus Weimar eliminiert: Vereinigungsfreiheit, Tarifautonomie, gewerkschaftliche Interessenvertretung, Streikrecht und Betriebsräte.

Nach dem Ende der NS-Diktatur gab es im Bereich der weltlichen Arbeitswelt die Begriffe Betriebs- und Dienstgemeinschaft und ihre inhumanen Implikationen nicht mehr. Nur im Bereich der Kirchen wurde bis heute an der „Dienstgemeinschaft“ festgehalten einschließlich der erwähnten Implikationen. Nur musste der Begriff jetzt theologisch gefüllt werden, wie es grundlegend und wegweisend im Jahre 1952 von dem den Deutschen Christen zugehörigen Arbeitsrechtler J.W. Kalisch ausgeführt worden ist:

„Aller Dienst in den verfassten Kirchen und ihren Werken (ist,hl) eine Einheit, weil es sich da überall um Arbeit im Weinberg des Herrn, um Dienst in der Gefolgschaft Christi als des Herrn und Hauptes der Kirche handelt...“ (zit. nach Lührs)

Nützlich wurde, war und ist der Begriff als Abwehr- und Beschwichtigungsbegriff nach außen und nach innen. Er wurde und wird ins Feld geführt gegen die Rechte Beschäftigter und ihrer Gewerkschaften (z.B. Streikrecht, bessere Mitbestimmung) und für das Recht gemäß Art. 140 GG, das gesamte Arbeitsrecht als kirchliches Sonderrecht selbst zu gestalten.

Nach Erscheinen der Arbeit von Lührs ist allen bewusst, dass der Begriff „belastet“ ist. Dennoch wird er weiterhin ungerührt verwendet und uminterpretiert. In jüngster Zeit liefert die EKvW dafür ein kaum glaubliches Beispiel: In einem Dialogprozess zwischen Kirche und Wissenschaft bis 2017 geht es in Westfalen um „Das Pfarramt in der Dienstgemeinschaft unserer Kirche“. In diesem Zusammenhang wurde die „Beibehaltung und Interpretation des Begriffs“ erneut bekräftigt. Aber eine bewusste „Uminterpretation“ und „Umdeutung“ des NS-Begriffs ist notwendig. Hier erfolgt sie „bewusst im Lichte der Barmer Theologischen Erklärung“ (BE), der bekannten evangelischen Bekenntnisschrift aus dem Jahre 1934.

Die BE richtet sich gegen alle Versuche, Weltanschauungs- und Ordnungselemente des Nationalsozialismus in den Bereich der Kirche eindringen zu lassen z.B. via Dienstgemeinschaft (Führerprinzip gegen Geschwisterlichkeit u.a.).

So gelingt in Westfalen eine desaströse Dialektik: Der NS-Begriff, der das Führer/Gefolgschaftsprinzip impliziert, soll nun durch Verweis auf die BE (herrschaftsfreie Ordnung) das Gegenteil dessen aussagen, wofür er stand und immer stehen wird. Diese Vorgehensweise ist wider den Glauben und die Vernunft. Sie verkennet zudem, dass eine genuin nationalisistische Begriffsbildung mit singulärem Gebrauch sich nicht uminterpretieren und umdeuten lässt. Dem Begriff haftet an und wohnt inne für alle Zeit der Geist derer, die ihn gebildet haben. Diakonie und Kirche müssen andere Wege finden, mit einem zentralen NS-Begriff umzugehen. Selbstverständlich enthält der Duden den Begriff nicht.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna

Robert Bosshard

Der Handstand von Oberhausen

Damals, als ich von den paar akademisch legitimierten Künstlern der Industriestadt als Seiteneinsteiger zögerlich in deren Kreis aufgenommen worden war, gehörte es noch zur künstlerischen Etikette jedes figurativ arbeitenden Malers, an der Vorlage eines für den jeweiligen Kurs einbestellten Aktmodells seine Begabung nachzuweisen. Darüber lachte man am Stammtisch, man kennt ja die ausgeprägten Triebe dieser Menschengattung; die Mienen der Künstler jedoch blieben unberührt davon, man hatte Bildung und kannte die Regeln professioneller Abstinenz. Ich vergleiche damit das Erlebnis einer lokalen Betroffenheit vis-a-vis abstrahierender Wahrheitsfindung, das Bewusstsein von einer subjektivierten neben einer objektivierenden Realität. Der Straßenzug, das Ruhrgebiets-Dorf, in dem ich lebe, verhält sich zur Metropole Ruhr wie ein verknallter Pubertierender zum Standesamt, und es wäre durchaus unbedacht, die beiden unvermittelt zu verschmelzen, denn wenn die Grenze zwischen träumerisch erlebter Selbsterfüllung und fachlich behaupteter Fremdbestimmtheit aufgehoben wird, so wird's peinlich und bieder: Entweder wirkt dann der örtliche Erlebnishorizont, also das warme *Gefühl fürs Lokale*, die Beziehung zur Grenzkontrolle um den Ort der Identitätsfindung, der sogenannten Heimat, jedem fremden Einfall gegenüber ablehnend; oder es wird die Kälte der *disziplinierten Wahrheit* als unumwerflicher Herrschaftswille mit autoritären und korrupten Methoden kompromisslos durchgesetzt, wenn die normdefinierenden Instanzen dominieren. Besser wäre, die Wahrnehmungsdifferenz zwischen der spezifisch lokalen und der metropolitane disziplinierten Perspektive zu wahren, und die gesellschaftliche Basis und deren kulturelle Repräsentanz in dialektischem Verhältnis zueinander zu verstehen ... und also den Stammtisch und die demokratischen Institutionen nicht in einen Topf zu werfen (mal abgesehen vom Trinkgeld für die Bedienung).

Zum Beispiel: Praktisch zeitgleich zum (Initiations-) Ritual zur Aufnahme von mir als Laie in den Kreis der lokalen Künstlerschaft wurde damals von einigen Jungakademikern behauptet, eine sexuelle Revolution sei in Gang gekommen. Dies nahm die Konsumindustrie als willkommene Vermarktungsidee auf, reichte sie zu ihren Werbeagenturen als Auftrag weiter, die zu erwartende Freizügigkeit als enttabuisierte Nacktheit in einen erotisch induzierten Kaufimpuls umzuwandeln. Ein neuer Industrialisierungsgrad der Kleiderproduktion hatte dies erforderlich gemacht. Es musste nämlich den Käufermassen beigebracht werden, dass sie sich den seriell produzierten Modewellen, kalkulierbar für die Modeschöpfer, also den erforderlichen Schönheitskonventionen zu unterwerfen hätten. Hierfür wurde eine androgyn getrimmte und uniform proportionierte, eben konfektionierbare, unverschämt nacktasierte Weib- und Männlichkeit millionenfach in der Anmutung von Bettvorlagen per Bildzeitung in die Briefkastenschlitze aller geordneten Haushalte der Region gesteckt.

Jede Abweichung von diesem Körperbild sollte demnach wie beschädigt respektive unnormal wirken, um zu suggerieren, wer nicht ins Sortiment passe, auch nicht zur urbanen Norm gehöre, also ins Abseits gerate. Aber in Wirklichkeit im Alltag am Straßenrand unter Nachbarn, da zeigte sich eben eine ganz andere, eine weit komplexere, eben affektgeprägt pluralistische Realität. Mal war man dünner als all die anderen, mal zu dick, und eben das machte individuell markant und charakteristisch zugehörig, im Positiven wie im Negativen, der Eine praktisch angezogen und nicht schick, oder das Andere schmutzige grad eben noch auf den Beinen, respektive müde durch die Doppelbelastung in Erziehung und Beruf ... erst ganz selten nur eine magersüchtige Frau oder jener im Kaufrausch vergewaltigte Schönling.

Da bedurfte es keines besonderen Kunstgriffs, um anstelle der ins Bild gesetzten Idealisierung des vom großen Geld eingefangenen, verwalteten und sexistisch überwältigten Sexualobjekts, eine erotisch befreit auflachende, eigenaktiv und selbstbewusst sich öffnende lokale Schönheit ins Bild zu setzen ... und so realisierte sich das Bild der *Handstandmachenden von Oberhausen*, einer leidenschaftlich und stolz an sich



arbeitenden, dem Betrachter voller Humor sich hingebenden, in lustvoller Erotik und gelassener Potenz verkehrtrum Tanzenden. Diese begeisterte Ode an meine Frau kam in der Nachbarschaft, also unter Freunden prima an. Das Motiv war verstanden und man hatte gelacht, bis zur Ludwig Galerie hinauf, dem privatisierten städtischen Museum, deren Leiterin in aller Freundschaft die Figur in eine ihrer, jeweils ästhetische Standards setzenden Ausstellungen der Aachener Sammlung mit

aufnahm, und, was für ein Glück, es wurde damit möglich, die Wirkung und Ausstrahlung dieses kleinen Kunststücks je nach Standpunkt und Standort zu reflektieren. Allein schon der Sockel, auf dem es nun stand, und die wertvollen Objek-

te rundherum ... es reduzierte sich sein alltäglicher Gehalt, wurde zu einer außergewöhnlichen Geste, glänzte primär als lustige Idee, wurde sogar als originell wahrgenommen, jedenfalls als ein Original, doch jegliches lustvoll kämpferische Ansinnen verschwamm.

Folgendes ist gemeint: Wie jeder Sachzwang und jede Fachdisziplin ihre jeweils dort herrschende Wahrheit als wünschenswerte soziale Norm verbreitet, so spiegeln sich in deren lokaler Verfremdung ortstypisch abweichende, sozialökologisch und historisch begründete Eigenarten und Sehnsüchte, die ihrerseits kreativ und idealerweise in Bürgerinitiativen gegen die normsetzenden überörtlichen Interessen ihren Ausdruck finden. Wird diese Spiegelung vernachlässigt (fehlen beispielsweise ortsbezogene Grundschulen, erreicht die Presse die lokale Wirklichkeit nicht, fehlen lokale Anlässe), so ist die Kraft zum Ausgleich zwischen anonymer metropolitaner Macht und örtlicher Besonderheit geschwächt. Also, wenn allein der akademisch befeuerte (Kunst-)Markt über Sinn und Verstand (künstlerischer) Normen verfügt, so degeneriert jeder lokale Realismus zu dummer Primitivität und verliert jede glaubhafte Aktualität. Eine generalisierende „Vernunft“ hat dann die erfahrbare „Realität“ überrollt, und das eigene Empfinden verliert die Beziehung zum ursprünglichen Sinn rationalen Handelns. Daraus resultiert ein Paradoxon, das zu Passivität, apokalyptischem Nihilismus und privatistischer Deprivation führen kann. Das Empfinden einer Krise in der Ruhr-Region ist in der Tat strukturell dasselbe, wie das Erleben der Verlorenheit einer regionalen Kunst: durch die Über-



macht der normsetzenden Kunstakademien und -museen und die Vernachlässigung des Kunstunterrichts in den Schulen vermögen blendende Top-Ereignisse, Werbe-Kampagnen und Kunstkataloge den Blick der Bewohner auf die eigene Welt zu verstellen; genauso wie Ortsteil- und Bürgerinitiativen unter dem hegemonialen Druck zweckrational begründeter Umweltzerstörung primär als Hemmnis und Störung empfunden werden und also kaum ins politische Kalkül aufgenommen werden. Ändern wir das!

Robert Bosshard, Jg. 1939, lebt in Oberhausen

Robina Cronauer

Bitte keine Ruhrgebietsromantik!

Ja ich bin im Ruhrgebiet geboren worden. Zufällig bin ich auch da geblieben. Ebenso zufällig fand ich meinen Weg zu unserem **AMOS**, der ja einen besonderen thematischen Fokus im Ruhrgebiet sieht. Da könnte man glatt die Vorstellung erhalten, ich sei eine lokalpatriotische Überzeugungstäterin. Aber da muss ich mich gleich mal outen:

Eigentlich wollte ich immer weg! Die ersten Fluchtversuche habe ich gedanklich schon als Teenager begangen. Da träumte ich von einem Leben in großen Städten, die nicht nur außerhalb des Ruhrgebiets, sondern auch außerhalb von Deutschland liegen. Stylish sein in London, antikes Flair in Rom. Irgendwohin wo es interessanter ist, als in Herten. Irgendwann, als der Ernst des Lebens näher rückte und man sich für einen Beruf entscheiden musste, entschied ich mich dazu, Soziale Arbeit zu studieren. Aber was soll man mit so einem Beruf in einem anderen Land? Das Thema war also auch schnell beendet. Aber eine Flucht nach Hamburg, Aachen, Köln oder Münster schien immer noch naheliegend. Dann hörte ich, wie viel Miete meine Freunde in eben diesen Städten zahlen, um dort ein hässliches und viel zu kleines WG-Zimmer besetzen zu dürfen. Also landete ich – nicht mehr ganz von den Fluchtplänen überzeugt – nur in Bochum und jobbte neben dem Studium in diversen Städten des Ruhrgebiets. Einmal habe ich mir für ein Semester aber doch mal die Flucht nach Hamburg gegönnt und lebte in Altona zwischen Hipstern und Ökos, die ihren Kindern zum Feierabend in den zahlreichen Biomärkten eine Tiefkühlpizza kauften. Hauptsache es kommt immer Bio auf den Tisch! Mich beschlich die Befürchtung, nicht Hip genug für die Großstädte Deutschlands zu sein und ich fügte mich wieder ein in das bodenständige Ruhrgebiet.

Bis heute plane ich in einem Hinterstübchen meines Schädels den großen Ausbruch nach irgendwo hin wo es schön ist. Und wenn das Schicksal es mir erlaubt, bietet sich vielleicht auch mal eine Möglichkeit. So lange werde ich wohl im Ruhrgebiet verharren.

Man könnte auch umgekehrt denken und nicht von Schicksal sprechen, sondern von einer magischen Anziehungskraft, welche das Ruhrgebiet doch noch auf mich ausübt, wie ein riesiger Magnet. Und tatsächlich tendieren viele Menschen dazu, die Regionen ihres Herkunftslandes mit einer besonderen Eigenschaft zu verknüpfen wollen, so als müsste man sie aus der Masse hervorheben.

Was macht also das Ruhrgebiet aus? Ist es seine Geschichte? Gibt es hier einen besonderen Schlag Mensch? Sind es die praktischen Autobahnanbindungen?

Meine Antwort fällt unromantisch aus: Ich weiß nicht, was das Ruhrgebiet zu einer besonderen Region macht. Und ich halte auch wenig von regionalen Hervorhebungen. Vielleicht ist es einfach nur ein Ort, an dem man bleibt und lebt. Mehr nicht?

Robina Cronauer lebt und arbeitet im Ruhrgebiet.

Heiko Koch

Rechte Bürgerwehren im Ruhrgebiet

Seit Anfang dieses Jahrtausends ist es zu beobachten. Die verschiedenen Fraktionen der politischen Rechten in Deutschland transformieren ihre Inhalte, modernisieren ihre Ausdrucksformen und passen sich dem Zeitgeist an. Das heißt nicht, dass der menschenfeindliche Gehalt ihrer Ideen und Ziele verschwindet – er tarnt sich nur besser und sucht sich Mittel und Wege seine toxischen Botschaften effektiver zu platzieren. Es gilt die ehemals geschwächte menschenrechtliche Resilienz in dieser westlichen Demokratie zu täuschen, ihre Wahrnehmung zu unterlaufen, ihre ProtagonistInnen zu verwirren und ihre Abwehrmechanismen auszuhebeln. Und es gilt die Akzeptanz und Attraktivität rechter, menschenfeindlicher Lösungsvorschläge zu steigern. Dabei reagieren die Rechten auf die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse und Herausforderungen und bieten gekonnt Re-Nationalisierung, Re-Souveränisierung und völkische Vergemeinschaftung als Lösung für eben diese an. Und nicht ohne Erfolg, wie es die letzten Landtagswahlen in Thüringen mit 23,4 Prozent der abgegebenen Stimmen für die AfD beweisen.

Hier einige Beispiele der sich verändernden Performances und des Modernisierungsschubs bei den Rechten:

- Kurz nach der Jahrtausendwende begannen Neo-Nazis ihren Kleidungsstil und ihr öffentliches Auftreten durch die Adaption linker Dresscodes, Stiles und Designs zu modernisieren. Sie wurden von Nazis zu „Autonomen Nationalisten“.
- Die sich intellektuell gebende „Neue Rechte“ gewann immer mehr AnhängerInnen und jugendliche Anteile nannten sich ab dem Jahr 2012 nach französischen Vorbild „Identitäre Bewegung“. Sie kopierten Stile und Aktionsformen französischer und italienischer Faschisten, übten sich in populistischen Inszenierungen und fanden medial viel Beachtung.
- Zunächst in Sachsen, dann aber auch in anderen Bundesländern, traten ab 2014 rechtsorientierte BürgerInnen unter dem Label „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ – kurz Pegida – auf und bildeten eine extrem rechte Straßenbewegung. Sie zeigten auf den Straßen und Plätzen wie stark Teile der bürgerlichen Mitte nach Rechts gerutscht sind und wie groß ihr Hass auf alles ist, was ihrer Meinung nach nicht „deutsch“ ist. Sie gelten den Medien gemeinhin als „Wutbürger“ und labeln sich selber als „besorgte Bürger“.
- Den noch gewalttätigeren Anteil der rechten Straßenbewegung bildeten die im gleichen Jahr entstehenden „Hooligans gegen Salafisten“ – kurz HoGeSa. Die rechten Hooligans ließen und lassen keinen Zweifel aufkommen, wie sie gedenken ihre Machtansprüche auf „Volk und Heimat“ umzusetzen.
- Und als eine Art geistiger Brückenschlag aus dem genannten deutsch-nationalen Bürgertum und völkischen Schlägerbanden konstituierte sich ab dem Jahr 2013 die äußerst rechte Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dieses toxische Amalgam sitzt mittlerweile in jedem Landtag und im Bundestag. Und das nicht ein- sondern zweistellig.

Seit der Jahrtausendwende wurden 78 Menschen aus rassistischen und faschistischen Motiven in Deutschland ermordet. Der NSU (flankiert durch die diversen bundesdeutschen Geheimdienste) führt in diesen Jahren ungehindert seine Mord- und Sprengstoffanschläge durch. Und Polizeibehörden ermittelten gegen die NSU-Opfer und nicht gegen das NSU-Netzwerk. In Sozialen Medien radikalisierte Männer sehen sich veranlasst, in „Eigenregie“ Terroranschläge zu verüben, wie der rechtsradikale Schüler David Sonboly, der in München 2016 neun Menschen im Olympia-Einkaufszentrum ermordete. Oder Stephan Balliet, der am 9. Oktober diesen Jahres die Synagoge in Halle angriff und zwei Menschen erschoss. Das sei hier nur nebenbei erwähnt.



„Ihr aber lernet, wie man sieht,
statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch
und noch.
So was hätt‘ einmal fast die Welt
regiert!
Die Völker wurden seiner Herr,
jedoch
Dass keiner uns zu früh da
triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus
dem das kroch.“

(Bertolt Brecht, *Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui*)

Rechte Bürgerwehren

Zum aktuellen Vorgehen der Rechten gehört nicht nur die Adaption linker Aktionsformen, das Experimentieren mit neu-rechten Kommunikationsstrategien, sondern auch das Aufgreifen alter Methoden der symbolischen wie faktischen Raumaneignung durch physische, gewaltbestimmte Präsenz. Ihr steigendes Selbstbewusstsein und ihren Machtanspruch setzen die Rechten mit Bürgerwehren um. So haben sich in den letzten Jahren diverse rechte Kleinstparteien, aber auch Hooligans und Teile der „Wutbürger“ daran gemacht, lokale Bürgerwehren zu gründen. Diese rechten Gruppierungen monieren einen Anstieg an Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit in Deutschland. Schuld daran seien die MigrantInnen und diejenigen, die diese in das Land geholt hätten. Sie sprechen von einer „kulturellen Überfremdung“ und einem „Bevölkerungsaustausch“, sehen sich apokalyptischen Zuständen gegenüber, prophezeien einen anstehenden Bürgerkrieg und bereiten sich auf diesen vor. Um ihren „völkischen“ Machtanspruch auf dieses Land symbolisch wie real umzusetzen inszenieren sie die Bürgerwehren. Dabei verkaufen sie sich der Bevölkerung als Garant, der „Recht und Ordnung“ auf „deutschen“ Straßen herstellt. Laut Zeitungsberichten soll es hunderte solcher Bürgerwehren in Deutschland geben. Aus einigen, wie z.B. die „Bürgerwehr Freital“ sind dabei rechtsterroristische Gruppen geworden.

Auch in NRW sind in den letzten Jahren solche Bürgerwehren entstanden. So in Köln, Düsseldorf, Mönchengladbach, Essen und zuletzt in Herne. Auf die Situation in Essen und Herne soll hier etwas mehr eingegangen werden.

Die „Steeler Jungs“ aus Essen

Seit dem Herbst 2017 marschiert an jedem Donnerstag eine Bürgerwehr durch Essen-Steele. Ausgehend vom Grend Platz patrouillieren bis zu 100 Männer im Alter von 20 bis 50 durch die Straßen des Stadtteils. Sie selber nennen sich „First Class Crew – Steeler Jungs“. Bei ihren Rundgängen lassen sie sich von Kameraden von auswärts unterstützen. Sei es aus den Essener Stadtteilen Huttrop und Altenessen oder aus Düsseldorf und Herne. Als Ort der sozialen Vergemeinschaftung dient ihnen die „Sportsbar 300“. Diese Bar liegt unweit des Grend Platzes und wird von einem führenden Mitglied der Rockergruppe Bandidos betrieben.

Die als „Spaziergänge“ klassifizierten Umzüge ähneln einem Aufzug gewaltbereiter Hooligans auf dem Weg ins Stadion. Zumeist in schwarz gekleidet und mit einheitlich bedruckten T-Shirts der „Steeler Jungs“ bilden die Teilnehmer eine bedrohlich wirkende Phalanx oft wütend dreinblickender Männer. Frauen sind hier eine verschwindende, aber sehr aggressiv auftretende Minderheit. Auf den Straßen, Plätzen und in der Einkaufszone verdeutlichen sie so den PassantInnen und AnwohnerInnen, dass sie es sind, die die Macht über diesen Raum für sich beanspruchen. Und dass sie willens und bereit sind dies mit Gewalt durchzusetzen. Mit dieser gewaltbestimmten Performance und einschlägigen T-Shirts rechter Modemarken und völkischen Signes bedienen sie eindeutige kulturelle Codes, die das Verwenden von Transparenten und Sprechchören obsolet machen. So finden die Umzüge auch schweigend und ohne Banner statt. Allein die massive Präsenz gewaltbereiter Männerkörper mit ihren rechten Codes macht klar, wer die Macht, diesen Raum und für welche Ziele

er ihn beansprucht. Die so ausgetragene symbolische Repräsentanz der Bürgerwehren dient einer völkischen Exklusion.

Und die Strategie geht auf. Die „Steeler Jungs“ ernten für ihre Raumnahme Zuspruch aus nicht geringen Teilen der Bevölkerung und lange gab es keinen Protest gegen die Bürgerwehr. Die demokratische Resilienz versagte. Das gewohnte Wahrnehmungsradar für rechte Aktivitäten wurde unterlaufen, die eindeutige Uneindeutigkeit täuschte und verwirrte die demokratischen ProtagonistInnen und unterlief deren Abwehrmechanismen.

Es gilt die Straßenverkehrsordnung

Lange Zeit brauchte es, bis sich in Steele ein antifaschistisches Bündnis, bestehend aus Kirchen und bürgerlichen Kreisen, gegen die Bürgerwehr bildete. Seitdem protestiert dieses monatlich einmal gegen die Aufmärsche. Am Rande des rechten Aufmarsches sang das Bündnis Kirchenlieder – worauf die „Steeler Jungs“ mit Halleluja antworteten. Das Bündnis kritisierte die schwarze Bekleidung – worauf die „Steeler Jungs“ mit Luftballons kamen. Das Bündnis zeigte den „Steeler Jungs“ aus lauter Verachtung die „kalte Schulter“, usw. usf.. Ähnlich wie bei dem seit August 2019 bestehenden Herne Bündnis gegen die dortige Bürgerwehr scheint man sich dazu entschlossen zu haben, die Aufmärsche nicht verhindern zu wollen, sondern lediglich dem antifaschistischen Protest einen Rahmen geben zu wollen. Ganz entsprechend den Vorgaben der Polizei, die einen geregelten Verkehrsablauf zu sichern hat, wird abseits der Naziroute demonstriert. Hier die einen, dort die anderen. Alles andere würde Chaos schaffen und nicht der Verkehrsordnung und den von oben verordneten demokratischen Spielregeln entsprechen.

Geht es nach dem Herne Bündnis soll markiert, problematisiert und skandalisiert werden. Dass ein solcher Appellcharakter an die Behörden aber schon seit langem ins Leere läuft, kann man in Essen-Steele sehen und ist allen bewusst. Aber es gilt halt „Zeichen zu setzen“. Dies führte auf Seiten des Essener Bündnis dazu, zu einer großen Demonstration im September aufzurufen. Es kamen aus Essen und den umliegenden Städten 2.500 Menschen zu einer Demonstration gegen die Bürgerwehr. Wie gehabt wurde die Straßenverkehrsordnung eingehalten. Geändert hat sich somit in Essen Nichts. Alles blieb wie gehabt. Aber das stimmt nicht. In Essen versuchen weitere rechtsgerichtete Gruppen den „Steeler Jungs“ gleichzuziehen und beginnen ebenfalls Bürgerwehren zu installieren.

Für Regelverletzung via Straßenverkehrsordnung

Alte Rezepte aus dem letzten Jahrtausend erscheinen nicht mehr geeignet die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen. Es gilt sich neue und andere Strategien im Umgang mit der Rechten zu überlegen. Dies bedarf genauer Beobachtungen und Analysen der Strategien und Taktiken der Rechten. Und gezielter Regelverletzungen der von oben verlautbarten Straßenverkehrsordnung.

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- ☐ Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
☐ Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Heiko Koch, Sozialarbeiter (MA) lebt und arbeitet in NRW, Mitbegründer und Autor diverser antifaschistischer Zeitungen, Verfasser von Internetrecherchen, Buchautor, Teamer und Dozent gegen „Rechtsextremismus“

Jürgen Klute

Die Zukunft der Arbeit im Ruhrgebiet (Teil 1)

Welche Zukunft steht der Arbeit im Ruhrgebiet bevor? Hat sie überhaupt eine Zukunft? Die Digitalisierung der Gesellschaft trifft ja auch den Bereich der Erwerbsarbeit. Künstliche Intelligenz und Roboter erledigen immer mehr Arbeiten, die vormals von Menschen ausgeführt wurden.

Nun kommt noch die Debatte um die Klimakrise hinzu. Das klassische wirtschaftliche Wachstum gerät in die Kritik. Die Erkenntnis setzt sich langsam durch, dass insbesondere die Automobilindustrie und Kohlekraftwerke – also Wirtschaftsbereiche, in denen weit über eine Million Menschen beschäftigt sind, die aber erheblich zur Klimakrise beitragen – aus Klimaschutzgründen so nicht weitermachen können.

Die Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeit ist berechtigt: Bleibt angesichts dieser Veränderungen auf Dauer noch ausreichend Arbeit, damit Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen können? Selbstverständlich ist Arbeit mehr als Einkommenssicherung. Dennoch ist sie seit Beginn der Industrialisierung bis heute der Hauptverteilungsschlüssel für Einkommen und Wohlstand, für Beteiligung am gesellschaftlich erwirtschafteten Mehrwert.

Für das Ruhrgebiet, das anders als süddeutsche Regionen noch immer unter einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit leidet und unter prekarierteter Erwerbsarbeit, ist die Frage nach der Zukunft der Arbeit noch brennender.

Laut Bundesagentur für Arbeit betrug die Arbeitslosenquote im August 2019 bundesweit 5,1% und NRW-weit 6,7%, in Bayern hingegen nur 2,9% und in Baden Württemberg 3,3% (vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de>). Im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr (auch: Metropole Ruhr) lag die Quote im gleichen Monat bei 8,9% (vgl. www.rvr.ruhr/).

Schaut man zurück auf die Geschichte der Arbeit im Ruhrgebiet; sind diese Zahlen nicht überraschend. Von den gut fünf Millionen Menschen, die im Ruhrgebiet leben, arbeiteten gegen Ende der 1950er Jahre weit über eine Million in der damaligen Montanindustrie. Die Statistik des Gesamtverbandes Steinkohle weist 607.349 Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte unter und über Tage) im Ruhrbergbau für das Jahr 1957 aus (vgl. <https://gvst.de/kennzahlen-1957-bis-2018/>). In der Stahlindustrie des Ruhrgebiets waren im gleichen Jahr 333.815 Menschen beschäftigt (vgl. <http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de>). Hinzu kommt jeweils die vor- und nachgeordnete Industrie. Davon ist heute bis auf einen kleinen Rest an Stahlindustrie nichts mehr vorhanden. Selbst die seit den 1950er Jahren angesiedelte Ersatzindustrie ist mittlerweile weitgehend wieder verschwunden. Das Ende der 1960er Jahre eröffnete Opelwerk in Bochum, das zeitweilig bis zu 21.000 Menschen beschäftigte, wurde 2014 geschlossen.

Mittels eines langjährigen, aufwändigen, politisch gesteuerten und begleiteten Prozesses des Strukturwandels gelang es, neben den mittlerweile wieder verschwundenen Ersatzin-

dustrien im Hochschulforschungsbereich, im Gesundheitssektor und im Logistikbereich neue Strukturen aufzubauen.

Das Wichtigste, was aus dem bisherigen Prozess des Strukturwandels zu lernen ist, ist, dass auch der weitere Transformationsprozess politisch gestaltet und begleitet werden muss. Denn trotz aller Unzulänglichkeiten, die der Strukturwandel im Ruhrgebiet aufweist, wäre er ohne eine politische Gestaltung wesentlich dramatischer verlaufen, wie die Erfahrung in anderen alten Industrieregionen zeigen, etwa in Nordengland oder im us-amerikanischen Rust-Belt.

Veränderungen bedeuten eben nicht zwangsläufig nur eine Vernichtung von Jobs. In internationalen Debatten wird davon ausgegangen, dass die Herausforderung nicht im absoluten Verlust von Jobs liegt, sondern in einer zunehmenden Spreizung der Anforderungen und damit einhergehend der Bezahlung bzw. Einkommen.

Dennoch gibt es selbst im klassischen Bereich noch Erwerbsarbeitsmöglichkeiten. Laut einer Mitteilung der Hans Böckler Stiftung von 2012 (Böckler Impuls Ausgabe 03/2012) wurde die Zahl der Staatsbediensteten von 1991 bis 2010 um 1,6 Millionen in der BRD reduziert. Mit dem Ergebnis, dass in 2012 rund 100.000 neue Stellen nötig gewesen wären, damit der Staat seine Aufgaben weiterhin wahrnehmen kann. Bis heute hat sich diese Zahl eher erhöht als verringert.

Schaut man sich die öffentliche Infrastruktur und die öffentlichen Dienste im Ruhrgebiet an, dann fällt es nicht schwer, Stellenbedarfe zu identifizieren. Der Ausbau der öffentlichen Dienste wäre auch wichtig im Blick auf eine Zurückdrängung der AfD, die in einigen Stadtteilen des Ruhrgebiets alarmierend stark ist. Was in dem Zusammenhang genau zu tun wäre, zeigt beispielhaft die belgische Kleinstadt Mechelen unweit von Brüssel (siehe Spiegel-Online, 12.02.2018). In Mechelen gelang die Zurückdrängung rechtsextremer Parteien vor allem dadurch, dass allen BürgerInnen – in allen Stadtteilen und von aller Herkunft – das Gefühl gegeben wurde, dass sie ernst genommen und wertgeschätzt werden. Konkret wurde dazu einerseits die Polizei aufgestockt, um Straßensicherheitslage zu reduzieren. Gleichzeitig wurden Streetworker und SozialarbeiterInnen eingestellt, die sich um die Belebung der abgehangenen Stadtteile gekümmert haben. Und die Reinigungsdienste der Stadt wurden ebenfalls ausgebaut und mit modernen Maschinen ausgestattet, um auch die entlegenen Stadtteile zu pflegen und „in Schuss“ zu halten.

Die Stadt Wien gibt ein weiteres Beispiel für die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze. Die mittlerweile international viel gelobte Wohnbaupolitik Wiens sorgt nicht nur für bezahlbaren Wohnraum, sondern auch für rund 33.000 Arbeitsplätze, die den Wohnbaubestand verwalten und pflegen und den MieterInnen als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen. Gerade im Ruhrgebiet gibt es eine hohe Zahl von Mietwohnungen, die nicht immer in einem wünschenswerten Zustand

sind. In Anlehnung an die Praxis der Stadt Wien wären im Bereich der Bestandspflege und -erhaltung etliche neue Arbeitsplätze denkbar. Das Haupthindernis für eine solche Job-Entwicklung ist die deutsche Schuldenbremse. Den Druck der Schuldenbremse, den die Bundesregierung mit dem EU-Stabilitätspakt auch auf die EU-Ebene transferiert hat, macht der Stadt Wien mittlerweile erhebliche Probleme in der Wohnbaupolitik. Deshalb wurde aus diesem Umfeld die Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ (www.housingforall.eu) auf den Weg gebracht.

Der vergleichsweise hohe Altersdurchschnitt im Ruhrgebiet erfordert vermehrt Dienstleistungen für älter werdende Menschen. Auch hier liegen noch Potentiale für Erwerbsarbeitsplätze.

Kommt es zu einer klimapolitischen Wende, steigt zumindest vorübergehend der Stellenbedarf im Bereich des ÖPNV. Vorübergehend, weil der Bereich Mobilität aufgrund von Elektromobilität und autonomem Fahren in den nächsten 10 bis 15 Jahren vor starken Veränderungen steht, deren Folgen für die Arbeitsplatzentwicklung derzeit schwer abzuschätzen ist.

Die E-Mobilität ist nicht unstrittig. In der BRD wird gerne auf die Alternative von mit Brennstoffzellen betriebenen Autos verwiesen. Das 2000 gegründete „Netzwerk Brennstoffzelle und Wasserstoff NRW“ (vgl. www.energielandkarte-ruhr.de) ist in diesem Sinne aktiv – zumindest virtuell. Laut ihrer Webseite hat das Netzwerk 70 Mitglieder im Ruhrgebiet. Nach fast 20 Jahren kann es allerdings kaum praktische Erfolge vorweisen.

Hoffnungen auf eine Brennstoffzellen-getriebene Renaissance der untergegangenen Industrie im Ruhrgebiet dürften kaum realistisch sein. Die Brennstoffzellentechnik bleibt dem Modell des traditionellen Individualverkehrs verhaftet und sucht nur nach umweltfreundlicheren Antriebsaggregaten. Die E-Mobilität in Verbindung mit autonom fahrenden Fahrzeugen zielt hingegen auf neue Formen der Mobilität.

Außerhalb der BRD wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach E-Mobilität in Verbindung mit autonomem Fahren durchsetzen. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die BRD-Wirtschaft mit einer Insellösung behaupten kann, denn dann bräuhete es eine doppelte Versorgungsinfrastruktur aus E-Ladestationen und einer zweiten für Brennstoffzellen-betriebene Fahrzeuge. Insofern sollte das Ruhrgebiet nicht allzu viel Hoffnung auf diesen Entwicklungspfad legen.

In diesem ersten Teil habe ich versucht, ein paar Linien auszuzeichnen, die in Richtung einer eher konventionellen Zu-

kunft der Arbeit im Ruhrgebiet zeigen. Es gibt darüber hinaus weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Kontext der Digitalisierung. Die sind allerdings von Voraussetzungen abhängig, die in der BRD bisher deutlich vernachlässigt werden. Darauf werde ich im zweiten Teil im nächsten **AMOS**-Heft eingehen.

Jürgen Klute, Pfr. i.R., Mitherausgeber und Mitglied der AMOS-Redaktion. Von 1989 bis 2006 war er Leiter des Industrie- und Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne. Von 2007 bis 2009 Referent für Sozialethik an der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Linke). Seit 2014 freiberuflich tätig. Publizist. Diverse Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Publikationen.

Im guten Glauben

Info zur AMOS-Jahresgabe

Brigitte Kraemer ist für uns die bedeutendste Porträt- und Dokumentarfotografin weit und breit, und wir vom **AMOS** sind begeistert davon, dass ihr professionelles Hauptaugenmerk auf das kulturelle Umfeld unseres Reviers gerichtet ist. Verstärkt durch ihre Zugehörigkeit zum Wohnort Wanne-Eickel, das sich ja im Schatten des schwerindustriellen Zusammenbruchs zum Nabel des Reviers entwickelt hat, gelingt es ihr, die permanent sich erneuernde Alltagskreativität der Einheimischen voller Mitgefühl ins Bild zu bringen.

Die vier dem Heft beigelegten Karten sind ihr Geschenk an **AMOS**, und werden in diesem Sinn den Lesern weitergegeben. Hier wird exemplarisch Brigittes künstlerische Attitüde sichtbar: im Rahmen ihrer professionellen Arbeit objektiviert sie nicht einfach den fotografischen Gegenstand (wie zum Beispiel wir Normknipser ihn festhalten und abschießen, um ihn zu privatisieren), denn sie gibt sich ihm hin und begleitet ihn in dessen kulturellen Zusammenhang. Dadurch gelingt ihr das scheinbar paradoxe Wunder, auch extrem verletzte Personen und Gruppen als selbstgewisse Subjekte ins Bild zu bringen. Einmalig großartig.

Einige ihrer bedeutendsten Veröffentlichungen sind beispielsweise: „So nah – so fern“, wo das Schicksal einiger neu eingewanderter Familien miterlebbar wird; oder die in Oberhausen entdeckten kriegsverletzten Kinder, die als „Friedensengel“ im Bild erscheinen; sensationell die ironisch verspielte Wanderung entlang des proletarischen Freizeitparadieses „Am Kanal“; wie auch die Glosse „Mann und Auto“; oder die Entdeckungsreise „Die Bude“; und die Dokumentation „Das große Warten“ von Asylbewerbern. Als ob Arm in Arm mit uns und mit jenen, so entwickelt die Künstlerin vor unseren Augen ein wunderbar menschliches Antlitz der Ruhrregion.

Die vier Bilder der Jahresgabe **AMOS** 2019 stammen aus dem Band „Im guten Glauben“. Darin werden in 200 Bildtafeln exzeptionelle Einblicke in die Kirchenlandschaft und Religionsgemeinschaften der Region ermöglicht, woraus eine fantastische Ruhrgebiets-Analyse resultiert.

Die letzten Exemplare der ersten Auflage des Bandes „Im guten Glauben“ können bei der Autorin erworben werden: Brigitte Kraemer, Edmund-Weber-Straße, 44651 Herne, foto_art@t-online.de, Tel. 02325 3956

Robert Bosshard

Lesetipp dazu

Ausführliche Infos zum Strukturwandel im Ruhrgebiet:

Jürgen Klute

Strukturwandel und Industriepolitik im Ruhrgebiet

Ein historischer Überblick

Rosa Luxemburg Stiftung Online-Publikation, Juni 2019

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/5-19_Online-Publ_Strukturwandel.pdf

Rebekka Scheler

Wo komm' wir her, wo geh'n wir hin?

Wenn ich durch meine Heimat- und Studienstadt Bochum laufe, sehe ich auf dem Weg völlig unterschiedliche, vielleicht sogar scheinbar unvereinbar verschiedene Menschen: Frauen mit Kopftuch, Männer in Röcken, KurdInnen und TürkInnen, Menschen, die ihren Glauben oder ihre Anschauung zum Klimawandel teilen möchten. Ich lebe mein ganzes Leben in dieser Pluralität von Weltanschauungen und Kulturen. Mal ist es ein Nebeneinander, mal ein Miteinander. Ob das hier im Ruhrgebiet besonders gut funktioniert, kann ich nicht so genau sagen, woanders habe ich nur wenige Monate gelebt. Ich weiß nur: es wurde in meinem Leben recht wenig thematisiert, wo jemand herkommt oder was die Person hier tut – oder es kommt mir nur so vor, weil ich aus meinem Privileg heraus spreche.

Im Studium ist mir das erste Mal begegnet, dass „der Pott“ doch irgendwie anders sein soll. Als Studentin einer Pendler-Uni habe ich oftmals Gelegenheit gehabt mir anzuhören, was das Ruhrgebiet so anders macht: viel Arbeit, wenig Elite. Ein bisschen abfällig oft, manchmal mit Bewunderung für die vielen Studierenden, die neben dem Studium arbeiten (müssen). Den Kohlenstaub roch man imaginär noch an unseren Kleidern. Viele waren überrascht, wie grün das Ruhrgebiet ist.

Warum hält sich das Narrativ vom Bergbau- und Malocher-Ruhrgebiet so hartnäckig? Die letzte Zeche hat vor Jahren geschlossen, arbeitsplatztechnisch sind seit Jahrzehnten andere Arbeitgeber wichtiger. Doch wenn die Menschen über „ihr Ruhrgebiet“ sprechen, fallen die Begriffe „Bergbau“, „Frickelei“ und „Solidarität“ andauernd. Oftmals geht das einher mit Sätzen wie: „Die Bergleute, die hatten noch Fähigkeiten, wenn die nix hatten, dann haben die gemeinsam was gebastelt, gefrickelt, jeder hat was beigetragen.“ Zur sachlichen Richtigkeit dieser Aussage kann ich nicht viel sagen, es

klingt für mich aber doch etwas idealisierend, vielleicht sogar den Mangel glorifizierend – und es erinnert mich immer wieder an die Klischees über die ehemalige DDR. Also erzähle ich es einem Freund aus dem Osten und er reagiert prompt: „Was, wollt ihr uns jetzt auch noch das Klischee klauen? Es reicht doch, wenn das bei uns so hoch gehalten wird.“

Bleibe noch die Solidarität. Da bin ich mir aber nicht so sicher, ob das etwas wirklich ruhrgebietspezifisches ist. Klar ist man in bestimmten Berufen, wie dem Bergbau, in besonderer Weise aufeinander angewiesen und das sorgt natürlich für eine Form der Solidarisierung – doch was passiert außerhalb des Arbeitszusammenhangs? Schon in meiner Kindheit gab es Stadtteile, in die ich nicht gehen sollte, weil sie „Klein-Istanbul“ oder „Klein-Moskau“ genannt wurden und als nicht sicher (für mich) galten.

Doch diese Abgrenzung, die salad bowl oder in diesem Fall wohl eher: gemischte Tüte, bietet auch eine riesige Chance – wenn wir es wirklich angehen. Was für eine gemischte Tüte wollen wir? Wie wollen wir eigentlich zusammen leben? Darüber wird mir viel zu wenig gesprochen. Natürlich müssen wir wissen, wo wir herkommen – das muss aber jeder Einzelne für sich wissen. Und in unserer Einzigartigkeit, in unserem partikularen Sein, müssen wir einander begegnen, um gemeinsam etwas zu entwickeln. Einer der Ansätze dazu ist meiner Meinung nach der Vorstoß der Uni, besonders Projekte im StartUp-Bereich zu fördern. Die Gesellschaft und der Markt verändern sich durch Digitalisierung, Globalisierung und Demokratie. Umso wichtiger ist es, solche Ideenlabore und Probierwerkstätten zu fördern und auszubauen. Eine sich verändernde Welt braucht sich verändernde Arbeitszusammenhänge – diese auf gemeinsamen Werten wie Solidarität und Teilhabe aufzubauen, bringt das Ruhrgebiets-Narrativ mit sich. Deswegen bin ich gespannt, was sich gerade an diesem Ort und mit den neuen Methoden aus der gemischten Tüte entwickeln wird.

Rebekka Scheler, Theologiestudentin an der Ruhruniversität und Bochumerin, Nahostreisende und Que(e)rdenkerin

Max Wenzel

Ruhrgebiet by Bike – Gottes Raucherlunge

Ich und das Ruhrgebiet – seine Heimat kann man sich zum Glück nicht aussuchen, sonst wär's ja auch langweilig. Deshalb würde ich auch nie stolz behaupten, ich bin auf Kohle geboren. Im Gegenteil begrüße ich den geplanten Kohleausstieg bis spätestens zum Jahr 2038, falls das denn überhaupt bis dahin hinhalten sollte. Wenn die Ruinen der Kraftwerke dann nur noch das sind, als was ich sie gerade beschrieben habe, Ruinen in der NRW'schen Landschaft, wie verlassene Orte von antiken Mayatempeln, die mit der Zeit von Lianen umrankt wurden (Wenn Lianen bei uns wachsen würden). Ich lasse mich gern mit dem Fahrrad durch die Landschaft treiben, besonders im Hinterland hinter Scholven und Has-



sel, über die Felder und Wiesen von Bottrop-Kirchhellen und Altendorf-Ulfkotte in Richtung Dorsten und Marl, wo ich mich im Dorfkern von Polsum gelegentlich mit einem Kaffee inmitten Gottes Raucherlunge verschanze und meine Gedanken in Sphären schweifen lasse, die ich darauf mit meinem fahrbaren Untersatz erkunde. So fasste ich schon mal den Entschluss, aufs Spontane nach Gahlen bei Schermbeck zu fahren, über den Wall durch Dorsten und am Kanal entlang. Ich mag es meine Umwelt zu erkunden und auf diese Art an immer andere Stellen zu gelangen, an denen ich neue Leute treffe, und diese Umwelt ist nun mal zum Glück das Ruhrgebiet. Vielleicht schreibe ich das irgendwann mal auf und frage David Byrne, ob er mir sein OK dafür gibt, Bicycle Diaries Vol. 2 zu schreiben

Maximilian Wenzel studiert Soziale Arbeit an der Ev. Hochschule Bochum und lebt in Gelsenkirchens Norden.

Heiko Holtgrave

Mobilität: Kein Luxusartikel!

Mit dem Begriff „Sozialticket“ ist die Idee verbunden, Menschen, die aufgrund von Armut benachteiligt sind, nicht noch durch – für sie nicht erschwingliche – Fahrpreise in den öffentlichen Verkehrsmitteln vom sozialen Leben unseres Gemeinwesens abzuschneiden. Mittlerweile gibt es in ganz NRW und in zahlreichen weiteren deutschen Städten und Verbünden solche Angebote.

Sozialforen, Sozialverbände und Experten sind sich aber einig darin, dass viele dieser Angebote kaum geeignet sind, Menschen mit niedrigem Einkommen zu mehr Mobilität zu verhelfen und daher auch den Namen Sozialticket nicht verdienen. Sie sind meist zu teuer oder auch von den sonstigen Konditionen (z.B. zu enger räumlicher Geltungsbereich) ungeeignet. Von daher bleibt die Nachfrage nach diesen Angeboten – selbst in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit – gering. Im VRR zum Beispiel kaufen aktuell nur noch 10,8 % (!) der 1,2 Millionen Anspruchsberechtigten ein Sozialticket. In einigen Landkreisen werden nicht mal 5 Prozent erreicht.

Der VRR beschloss Ende September, den Preis seines Sozialtickets zum nächsten 1.1. erneut anzuheben, auf dann sage und schreibe 39,35 €. Das wäre die siebte Preiserhöhung seit Einführung des Angebots im Jahr 2011. Die hiesigen Sozialticket-Initiativen sind über so viel Ignoranz empört. Wie lange wollen die denn noch an der Preisspirale drehen? Bis auch die letzte Sozialticket-Kundin ihr Ticket entnervt zurückgibt? Bekämpfung (der Auswirkungen) von Armut, Klimawandel, Entlastung der Umwelt – war da mal was?

„Gerade in Zeiten der Klimakrise, in der die Menschen immer wieder aufgefordert werden, vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, ist dies ein völlig falsches Signal“, schrieb das Bündnis Sozialticket NRW in einer Stellungnahme. „Eine Erhöhung der Fahrpreise passt nicht mehr in die Zeit. Das gilt auch für die normalen Tickets. Natürlich müssen Qualität und Umweltverträglichkeit des ÖPNV ständig verbessert werden. Und das kostet Geld. Aber dieses Geld kann nicht immer von den Nutzern und Nutzerinnen kommen – deren Zahlungsbereitschaft ist erschöpft. Hier sind Land und Bund noch stärker gefordert.“

Welche Größenordnung der mangels Kaufkraft unbefriedigte Mobilitätsbedarf in Deutschland haben dürfte, wurde schlaglichtartig im Zuge eines auf zwei Jahre begrenzten Sozialticket-Modells der Stadt Dortmund 2008 – 2010 deutlich: Dortmund zählte damals knapp 580.000 Einwohner, darunter rd. 100.000 Menschen im Transferleistungsbezug. Die Stadt bot letzteren zwei Jahre lang für Fahrten innerhalb der Stadt ein Monatsticket zum Abo-Preis von 15 € an. Die Resonanz war beeindruckend: Das Angebot generierte in diesen zwei Jahren rund 15 Millionen an zusätzlichen Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Nutzerquote bei den Berechtigten stieg bis auf knapp 25 Prozent!

anderen Personengruppen mit geringem Einkommen – an Verkehrsdienstleistungen bleibt unter normalen Umständen, wo es vorrangig um Wirtschaftlichkeit der Angebote geht, unsichtbar.

Die Initiativen bestehen darauf, dass ein Sozialticket in keinem Fall mehr kosten darf, als im Alg-II-Regelsatz für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vorgesehen ist. Das sind aktuell beim Alleinstehenden 28,39 € im Monat, bei Eheleuten bzw. Partnerschaften, Kindern und Heranwachsenden sogar nur anteilig. Da die Mobilitätsbedürfnisse auch bei Menschen mit geringem Einkommen nicht an der Stadtgrenze enden, müsste das Ticket sogar noch deutlich billiger angeboten werden, um zumindest den Erwerb von einigen Zusatztickets zu ermöglichen.

Wir sollten uns jedoch nichts vormachen: Der VRR hat nie viel übrig gehabt für diese Zielgruppe. Ohne den Beschluss der rot-grünen Landesregierung, einen speziellen Fördertopf zur Förderung von Sozialtickets aufzulegen, wäre selbst dieses „Angebot“ nicht zustande gekommen. Und nach wie vor hängt die weitere Existenz dieses Tickets an diesem Tropf: Laut interner Beschlusslage behält sich der VRR jederzeit das Recht vor, den Preis für das Sozialticket auch unterjährig anzuheben oder das Ticket gar ganz vom „Markt“ zu nehmen, wenn er den Eindruck gewinnt, mit den Zuschüssen des Landes nicht mehr auszukommen. (Kein anderes Element im VRR-Tarifsortiment steht unter einem solchen weitreichenden Vorbehalt.)

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP hatte Ende 2017 angekündigt, die Landesförderung sukzessive auslaufen zu lassen. Es kam zu einem Aufschrei quer durchs Land. Der Verkehrsminister musste zurückrudern. Es blieb beim Ansatz von 40 Mio. € im Jahr.

Das reicht den Initiativen aber nicht. Da sich die Preise der Sozialtickets im Land immer weiter von der Bedarfslage derer, für die die Angebote eigentlich gedacht sind, entfernen, müsse der Landesanteil an der Finanzierung steigen. Nach ihren Berechnungen müsste der Haushaltstitel auf 80 Mio. € aufgestockt werden, um die aktuelle Deckungslücke zwischen Abgabepreis und Regelsatzanteil zu schließen. Dafür haben sie seit dem 1. Mai Unterschriften gesammelt, die dieser Tage in Düsseldorf überreicht werden sollen. Viel Aussicht auf Erfolg besteht jedoch nicht. Ein Antrag der grünen Landtagsfraktion, die Mittel im kommenden Jahr um bescheidene 5 Mio. € aufzustocken, wurde jüngst im Finanzausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und AFD abgelehnt.

Kontakt:
Bündnis Sozialticket NRW, c/o Tacheles e.V.
<http://buendnissozialticketnrw.de/>

Dieser Bedarf – von Erwerbslosen, RentnerInnen und

Heiko Holtgrave lebt in Dortmund, Mitglied des Koordinationskreises

Rolf Euler

Mobilität – im Revier doch nicht!

Was macht der Mensch, der aus dem Norden des Reviers in den Süden will oder muss? Sie oder er quält sich mit dem Auto über die verstopfte A 43, oder B 235, oder B 224. Steht im Stau. Sucht Umfahrung durch die Städte. Alte B 51? Fehlanzeige.

Alternative? Ach ja, der öffentliche Nahverkehr des VRR. Beispiel Recklinghausen nach Bochum zum Theater. Oder zur Uni.

Möglichkeit 1: Bus zum Hbf Recklinghausen, Zug nach Wanne-Eickel, umsteigen in Zug nach Bochum Hbf, umsteigen in die U-Bahn. Dauer rund 70 Minuten.

Möglichkeit 2: „Schnell“bus von Hbf Recklinghausen zum Bahnhof Herne, mit vielen Ampeln und mitten im Verkehr, dann umsteigen in die U-Bahn nach BO-Uni, oder: zum Theater nochmal umsteigen am Hbf Bochum. Fahrzeit rund 60 Minuten. Kosten: Ticketpreisstufe B entspricht 6 Euro pro Fahrt.

Kann sich noch jemand erinnern, dass es bis in die 1970er Jahre eine durchgehende Straßenbahnlinie von Recklinghausen Hbf über Herne und Bochum bis nach Dahlhausen bzw. Hattingen gab? Die Linie 8/18 bediente die Nord-Süd-Verbindung zuverlässig und befuhr die Hauptstraßen mit zahlreichen Haltestellen. Geplant war damals noch, diese Linie zur S-Bahn mit unterirdischen Streckenteilen auszubauen – Rücksicht auf den Autoverkehr in den Städten Herne und Bochum, gleichzeitig aber Anbindung an die erwarteten Verkehrsströme.

Stattdessen: U-Bahn von Herne bis Bochum, Stilllegung aller Straßenbahnen in Recklinghausen und Umgebung bis 1982 und Umstellung auf Busverkehr. Abhängig vom Autoverkehr, oft nur halb- oder stündlich verkehrend, kann man nicht davon sprechen, dass hier zukunftsfähiger öffentlicher Nahverkehr besteht, der möglichst viele Menschen vom Auto weglocken könnte.



Dazu gehört das Beispiel des Autobahnausbaus, besonders zu sehen bei der Autobahnverbreiterung der A 43 zwischen Recklinghausen und Bochum. Parallel zur Einstellung der Straßenbahnlinien stieg das Nord-Süd-Verkehrsaufkommen, die mangelnde Bahninfrastruktur im Revier wird nun als Begründung und „Sachzwang“ angeführt für den Autobahnausbau A 43, A 40, A 52. Die damit verbundene großflächige Abholzung aller Baumbestände in Autobahnkreuzen

und neben den Strecken erhöht die ökologischen Schäden des ungebremsten Autoverkehrs.

Mobilitätspolitik könnte natürlich dem Ausbau der Eisenbahnstrecke parallel zur Autobahn 43 Vorrang einräumen, es sind von Recklinghausen bis Bochum Gleise vorhanden, die zu ertüchtigen und für Personenverkehr herzurichten sicher billiger würde als 600 Millionen Euro für 20 Kilometer Autobahnverbreiterung.

Ein weiteres Beispiel der mangelnden Ernsthaftigkeit bei der Stärkung des öffentlichen Verkehrs: die Einrichtung eines weiteren Zweiges der S-Bahnlinie 9 von Recklinghausen nach Bottrop benutzt zwar Gleise der ehemaligen Hamm-Osterfelder Bahnlinie, aber da die Bahnhöfe in Herten und Westerholt längst nicht mehr existieren, fährt der Zug durch diese beiden Städte ohne Halt hindurch bis Gladbeck. Wie viele Menschen werden dies Superangebot nutzen?

Rolf Euler, lebt in Recklinghausen, früher unter Tage öfter Lokfahrer, fährt über Tage gern Fahrrad und Bahn, muss aber immer noch (zu oft) Auto fahren.

Lesetipp

Ralf Dreier

Die Mitte zwischen Holz und Theologie. Eine Art Bilanz.

Hrg. Horst Meier (Kassel). Baden-Baden: Nomos 2019, 103 Seiten
Diese Lebensbilanz einer bemerkenswerten Gestalt der deutschen juristischen Zeitgeschichte ist unbedingt zu empfehlen. Ralf Dreier war Rechtstheoretiker an der Uni Göttingen von 1973 – 1997, auch Dekan und vor allem von 1991 – 95 Vorsitzender der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Staatsphilosophie. Auf relativ wenigen Seiten bilanziert R. D. präzise, konzentriert, aufrichtig. Drei Gründe machen dieses Buch spannend: Erstens: Menschen fragen „Wie konnte es dazu kommen, dass Hitler an die Macht kam?“. Weil spätestens seit der Weltwirtschaftskrise selbständige mittelständische, „kleinbürgerliche“ Gewerbetreibende, die sozial aufgestiegen waren, in der Krise pleite machten, optierten sie autoritär totalitär. Sie waren auf Pflicht, Leistung, Völkisches und ein autoritäres Befehl-/Gehorsam-System gepolt. Der 1931 in Bad Oeynhausen geborene R.D. verdeutlicht das an seiner Familie/Verwandschaft väterlicherseits. – Zweitens: Wie gingen Menschen mit ihrer sexuellen Orientierung um? Homosexualität stand ja bis 1994 unter strenger Strafe. Ralf Dreier war homosexuell, lebte alleine und erwähnt seine innere Zerrissenheit. Er hatte dafür selber noch keinen Begriff, keine Reflexion – bei aller Klugheit und Belesenheit, die ihn ausgezeichnet hat. – Drittens: Wie „lehrt“ jemand wie R. D. in einer Zeit wie „68“ und danach? Er war offenbar bei Studis sehr beliebt, schon in Münster und erst recht in Göttingen. Dabei wollte er kein Jurist werden. Seine Mutter und er als Zwanzigjähriger einigten sich auf der „Mitte zwischen Holz und Theologie“: seine Mutter sah ihren begabten Sohn in der Holzwirtschaft und er wollte Theologie studieren. Er beschreibt, wie er Jurist wurde und was ihn zeitlebens faszinierte: das juristische Handwerk genau kennen, sich breit interdisziplinär zu bilden und philosophisch zu „tanken“ bei Spinoza, Kant, Hegel, Radbruch, Adorno und Habermas. Vor allem gehört er zu den juristisch argumentierenden Bahnbrechern für „Widerstand und zivile Ungehorsam im Rechtsstaat“ – wichtig in der Anti-AKW-, Friedens-, Occupy-Bewegung, heute im „Hambacher Forst“. Der Herausgeber Meier hat es geschafft, seinen Lehrer und Freund dazu zu bewegen, die ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmte Reflexion Ralf Dreiers nach seinem Tod veröffentlichen zu dürfen. Werk und Name von Ralf Dreier bleiben erhalten, dazu trägt auch Horst Meier – Jurist und Schriftsteller in Kassel – mit dieser mustergültig ausgestatteten Veröffentlichung bei.

Hartmut Dreier

Andreas Müller

„KEINEN PFENNIG MEHR – NULLTARIF IM NAHVERKEHR!“

Dortmund, Januar 2020: Die Fahrpreise werden um 1,8% erhöht. Keine Gegenwehr, kein Aufschrei. Das war nicht immer so.

Dortmund, Frühjahr 1971: Die Fahrpreise sollen um 30 – 40% erhöht werden. Ab dem 1. März bis in die erste Aprilwoche werden täglich von den Nachmittagsstunden bis in den Abend besonders in der Innenstadt die Straßenbahngleise besetzt, „Autobahnhöfe“ eingerichtet, um die Fahrgäste dennoch zu befördern, diskutiert, rote Fahnen geschwenkt, Unterschriften gesammelt (10.000 in ein paar Tagen) um die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhung zu erzwingen. Fußballfans beteiligen sich, Hoescharbeiter demonstrieren nach der Schicht und besetzen die Schienen, besonders junge Leute wie SchülerInnen, Lehrlinge und StudentenInnen sind die Akteure auf den Schienen. Sie stoppen die Autos und vermitteln Fahrplätze für das an den „Autobahnhöfen“ versammelte Publikum, das nun zu wildfremden Menschen ins Auto steigt und sich kostenlos an ihr Ziel bringen lässt.

Der Protest hat jetzt auch einen Namen: „Roter Punkt“. Ein roter Punkt auf Papier gedruckt wird vom Bürgersteig in den fließenden Verkehr gehalten, und schon halten AutofahrerInnen an und nehmen Personen mit. Auch noch lange Zeit nach den Fahrpreisprotesten war der rote Punkt das beste Mittel, erfolgreich zu trampen. Damit wurde zugleich der sich ausbreitende Individualverkehr vergesellschaftet: der eigene Wagen wurde in den Dienst der Allgemeinheit gestellt; Bürger, die es erst gestern noch als menschenunwürdig diffamiert hätten, fremdes Privateigentum zu beanspruchen, standen wie Tramps an der Straße.

Der SPD-nahe und Rote-Punkt-ferne „Arbeitskreis Nahverkehr“ (mit Beteiligung des DGB, ÖTV, Betriebsrat der Stadtwerke, Jusos und Jugendring) kritisierte die „Auto-Ideologie“, die zur Zerstörung der „City-Funktion“ und einer zunehmenden Luftverschmutzung in den Innenstädten führe. Ihr Ziel: Ein attraktives Nahverkehrssystem, die Stärkung des ÖPNV, wozu mittelfristig ein Einheitstarif, langfristig aber die Einführung des Nulltarifs erfolgen sollte und damit identisch war zu den Zielen der Protestbewegung. Die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“ ließ den Schriftsteller Josef Reding im April 1971 ein auch heute noch aktuelles Statement formulieren: „Ein großflächiger Verkehrsverbund mit einheitlichem Niedrig- oder Nulltarif wäre die Lösung des Nahverkehrsproblems der Städte. Dem Menschen in den Ballungsräumen muss eine preismäßig erschwingliche Transportmöglichkeit als Grundrecht zugestanden werden. Darüber hat man sich Gedanken zu machen und nicht darüber, wie man Proteste gegen überhöhte Fahrpreise abwürgt.“

Zu diesem Zeitpunkt waren die Proteste bereits von der Politik, die keine Verhandlungsbereitschaft zeigte, der Polizei, die Anfangs noch zurückhaltend, später aber brutal gegen die Besetzung der Schienen vorging und schließlich der Staatsanwaltschaft, die einschüchternd gegen „Rädelsführer“ agierte, zerschlagen worden. Über 350 vorläufige Festnahmen, Strafbefehle und ein Prozess wegen „Nötigung, Widerstand gegen

die Staatsgewalt und Rädelsführerschaft“, der sich bis September 1974 hinzog, zeigt die Kompromisslosigkeit, mit der gegen die Fahrpreisunruhen vorgegangen wurde.

Die Forderung nach einem Nulltarif begleitet den Nahverkehr seit über 100 Jahren. In den letzten Apriltagen des Jahres 1919 kämpften die Kriegsgeschädigten für eine kostenlose Nutzung des Nahverkehrs, indem sie sich auf die Gleise an den Knotenpunkten in der Innenstadt setzten und so die Straßenbahnen an der Weiterfahrt hinderten. Die SPD-Tageszeitung empfand diese „gewaltsame Stilllegung“ als einen „Akt unerhörter Sabotage des Verkehrs“ und diffamierte die Aktionen mit der auch heute noch gern benutzten Formel: „Freude an solchem Tun können nur haben die Extremen von rechts und von links“. Und die Dortmunder Zeitung befürchtete, dass die Bewilligung der Forderungen „unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde. Es könnten schließlich auch Kriegerwitwen usw. mit ähnlichen Forderungen kommen.“

1919 wurden die Forderungen nicht bewilligt und auch nicht 1971. Inzwischen ist der Individualverkehr brutal ausgebaut worden. Kamen im Februar 1967 in Dortmund auf 1.000 EinwohnerInnen 171 PKWs, so waren es 2015 bereits 528 Autos.

Doch es wird auch heute noch über den Einstieg in den Nulltarif laut nachgedacht. In fünf Modellstädten wird seit 2018 ein kostenfreier Nah- und Regionalverkehr erprobt. Das 365-Euro-Ticket (1 Euro pro Tag) wurde zwar im September abgewiesen, hat aber viele Menschen zum Umdenken veranlasst. Die „Studi-Tickets“, deren Kosten in den Semestergebühren enthalten sind, sind zumindest ein „einheitlicher Niedrigtarif“, wie er 1971 als Einstieg in den Nulltarif gefordert wurde.

Doch den Nulltarif haben heute schon etliche Menschen umgesetzt: Sie fahren einfach „schwarz“. Im Jahr 2017 erwischten die 70 Dortmunder KontrolleurInnen der DSW 24.000 SchwarzfahrerInnen, die Polizei dokumentierte 6.259 Fälle in ihrer Kriminalitätsstatistik: das sind fast 10% aller Straftaten in Dortmund. Und so hat jedes zehnte Urteil in NRW einen Schwarzfahrer-Hintergrund und beschäftigt die Staatsanwaltschaften erheblich. Und ein Haftplatz kostet um die 130 Euro – am Tag.

Deshalb bin ich mir ganz sicher: der Nulltarif, für den ich 1971 als 14-jähriger Junge sechs Wochen täglich auf den Schienen stand, vor der Polizei geflohen bin, viel Solidarität erfahren und zum ersten Mal zivilen Ungehorsam erprobt habe – der Nulltarif wird kommen, da bin ich mir wirklich ganz sicher. Weil er sozial, ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Und auch den Kapitalismus in seinen Grundfesten nicht erschüttern wird.

Andreas Müller lebt seit 1956 in Dortmund, ist seit über 30 Jahren im Archiv der Geschichtswerkstatt Dortmund aktiv.

Ulrich Hüpke

Johannes rettet 250 Jahre alte Eiche

Nicht nur im Hambacher Wald müssen Bäume durch Be-
setzerInnen geschützt werden. Hambi ist überall. Cast-
rop-Rauxel will 300 Bäume für ein neues Baugebiet roden,
darunter eine 250 Jahre alte Eiche. Der Baumbesetzer Johan-
nes, genannt Hambi-Potter, hat sie gerettet.

Die Geschichte begann vor 25 Jahren, als die Internationale Bauausstellung Emscher Park das Ruhrgebiet sozial und ökologisch erneuern wollte. Ein Ost-West-Grünzug entlang von Rhein-Herne-Kanal und der ökologisch umzubauenden Emscher sollte die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern und die Nord-Süd-Grünzüge miteinander verbinden, die der Regionalverband Ruhr seit 1920 zwischen den Großstädten einigermaßen freigehalten hatte.

Castrop-Rauxel hingegen, die längst ergraute „Europastadt im Grünen“ will den neuen Grünzug durch ein Wohngebiet unterbrechen. Die schrumpfende Mittelstadt humpelt längst zerplatzten Großstadträumen hinterher: „Wohnen am Wasser“. Inzwischen fließt in der Emscher zwar kaum noch ungeklärtes Abwasser, aber die Gewässersohle und die Böschungen haben über hundert Jahre Fäkalien und Industriegifte aufgesogen. Sie werden noch lange ekelhafte Gerüche absondern und die Wasserqualität belasten. Lauschige Stunden am Emscherstrand sind nicht in Sicht.

Seit 2001 versucht die Stadt, für eine freie Fläche an der Emscher einen Bebauungsplan aufzustellen, obwohl das Bodengutachten urteilt: völlig „ungeeignet“. Infolge der Bergsenkungen fließt die Emscher heute in einem tiefen Einschnitt. Früher war das angrenzende Gelände häufig überschwemmt. Organische Ablagerungen und Torflinsen haben sich gebildet, die „sehr nachgiebig“ und „nicht tragfähig“ sind. Häuser brauchen eine „Gründungsplatte“ aus Stahlbeton, und die Anschlüsse für Gas, Wasser, Elektrizität drohen, bei den „auf jeden Fall“ auftretenden Setzungen zu brechen.

Sieben Schwermetalle – Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Nickel und Zink – wurden auf dem Gelände gefunden. Die Belastung mit Arsen übertrifft an zwei Stellen sogar den Grenzwert: Wohnen ist hier unzulässig. Hinzu kommen 15 verschiedene polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe wie das krebserzeugende und erbgutverändernde Benzo(a)py-

ren. Wer den Behörden noch vertraut, mag glauben, dass die Belastungen harmlos sind.

Derzeit kann das Gelände nicht entwässert werden. Es muss durch Aufschüttungen etwa einen Meter angehoben werden. Wie viele Bodenmassen und LKW-Ladungen dafür nötig sind, wird nirgendwo gesagt. Allerdings dürfen die aufzuschüttenden „Fremdmaterialien“ 10 Prozent „Bauschutt“ und „industrielle Nebenprodukte“ enthalten. Das geplante Wohngebiet – eine Deponie für Bauschutt und industrielle Nebenprodukte?! Da Deponieraum knapp ist, kann der Investor zusätzliche Profite erzielen.



Hinzu kommen Immissionen von außen: Der Lärm der Autobahn A 2 und der Wartburgstraße übertrifft den Grenzwert für Wohnen tags und nachts deutlich. Zudem verursacht die 220 kV-Höchstspannungsleitung erhebliche magnetische Wechselfelder: in 20 Metern Abstand wurde eine Feldstärke von 2430 Nano-Tesla (nT) (bei einer 48%igen Auslastung) gemessen. Sie liegt zwar unter den Grenzwerten der „Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV“ (100.000 nT) und des „Abstandserlasses“ des NRW-

Umweltministeriums (10.000 nT), doch über den strengeren Werten in anderen Ländern (z.B. 1000 nT in Liechtenstein). Allerdings steigt das Leukämierisiko für Kinder bereits ab 300 nT, weshalb die WHO die Wechselfelder als „möglicherweise kanzerogen“ eingestuft hat (<http://www.bfs.de>). Daher fordert der Landesentwicklungsplan NRW einen Abstand von 400 m zwischen Höchstspannungsfreileitungen und neuen Baugebieten, was die Stadt Castrop-Rauxel aber nicht interessiert.

Im September 2018 präsentierte die Stadt die Firma „dreigrund“ als neuen Investor, eine GmbH & Co KG. Haftbar ist nur die „dreigrund development Wohnen an der Emscher Verwaltungs-GmbH“ mit 25.000 €. Dahinter stehen die Heitkamp Unternehmensgruppe in Herne und die Stricker-Gruppe in Dortmund, die lukrative Bauaufträge erwarten, ohne Haftung. Zugleich wurde ein neuer Bebauungsplan vorgelegt, in dem zum ersten Mal die alte Eiche überplant war.

Der Protest begann, als Ende 2017 die im heutigen Baugebiet gepachteten Gärten gekündigt wurden. In Rats- und Ausschusssitzungen zeigten die AnwohnerInnen die Defizite der Planung auf. Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass eine 250 Jahre alte Eiche abgeholzt werden soll, ging eine Welle der Empörung durch Castrop-Rauxel: ständig erschie-

nen Leserbriefe und Artikel in den Zeitungen, am Fuß der Eiche fanden Picknicks statt, binnen weniger Wochen wurden 5.000 Unterschriften gesammelt.

Bürgermeister Kravanja wollte selbst ein Haus an der Emscher bauen, zog seine Bauabsichten aber zurück, bevor SPD, CDU und FDP am 4.4.2019 im Stadtrat den Bebauungsplan Nr. 245 durchsetzten. Erst drei Monate später wurde der Beschluss im Amtsblatt veröffentlicht und rechtskräftig. Unterdessen ging der Protest weiter. Angeführt vom Trommlerkorps „Gut Klang“ aus Dortmund-Kirchlinde zog eine Demonstration durch Henrichenburg. EichenfreundInnen gründeten den Verein „Rettet die alte Eiche“ mit dem Ziel, die Fläche unter der Eiche zu kaufen und eine private Einigung mit dem Investor zu erreichen.

Zugleich startete ein Bürgerbegehren, nicht gegen den Bebauungsplan (das ist nach der Gemeindeordnung nicht zulässig), sondern „nur“ damit die Stadt bei der Unteren Naturschutzbehörde beantragt, die Alte Eiche als Naturdenkmal zu schützen. Obwohl nur 3.702 UnterstützerInnen erforderlich waren, wurden in den Sommerferien über 6.000 Unterschriften gesammelt. Sogar der frühere Bürgermeister Johannes Beisenherz beteiligte sich, während andere SPD-Mitglieder nur hinter vorgehaltener Hand der Alten Eiche viel Glück wünschten.

Doch am 26. September erklärte der Stadtrat das Bürgerbegehren für unzulässig: das Thema „Naturdenkmal Eiche“ sei von der Unteren Naturschutzbehörde längst negativ entschieden worden. Ein kurzer Rückblick: schon im März 2019 hatten etliche BürgerInnen beim Kreis Recklinghausen beantragt, die Alte Eiche zum Naturdenkmal zu erklären. Monatelang hat der Kreis nicht geantwortet, bis er im September mehreren AntragstellerInnen die Ablehnung zugesandt hat – damit galt das Bürgerbegehren als erledigt. Dabei hat die Untere Naturschutzbehörde übersehen, dass sie gar nicht zuständig war, sondern nur der Kreistag Naturdenkmal-Anträge ablehnen kann. Das Bürgerbegehren muss jetzt vor Gericht durchgesetzt werden, das umgehend verlangt hat, „dass eine Beseitigung der streitgegenständlichen Eiche nicht vor Abschluss dieses Eilverfahrens erfolgen“ sollte.

Schon im Sommer hatte die Stadt dem Investor genehmigt, die Alte Eiche nach der Vegetationszeit zu fällen. Die Beschwerde des BUND NRW wurde erst am 1.10. um 6:46 Uhr zurückgewiesen. Kurz nach 7 Uhr rückten die Arbeiter mit ihren Motorsägen an. Doch am Abend zuvor war Johannes aus dem Hambacher Wald gekommen und hat die Alte Eiche besetzt. Ein SPD-Ratsherr in der Nachbarschaft alarmierte die Polizei, die kurz nach Mitternacht mit mehreren Streifenwagen anrückte und die Feuerwehr gleich mitbrachte, um Johannes aus der Eiche zu holen. Binnen kurzem war auch ein Dutzend EichenfreundInnen zusammen. Die Vereinsvorsitzende Leonore verwies auf das o.g. Schreiben des Gerichtes und meldete eine Versammlung an, die von der Polizei auch genehmigt wurde. Die Lage entspannte sich, Feuerwehr und die meisten PolizistInnen zogen wieder ab – und die Baumfäller mussten unverrichteter Dinge wieder gehen. Eine bewohnte Eiche darf nicht gefällt werden. Seitdem werden die Eiche und Johannes rund um die Uhr von EichenfreundInnen bewacht und von Medien begleitet: immer wieder berichten

das Fernsehen, die Lokalzeitungen, aber auch die Bildzeitung Ruhrgebiet – begleitet von ungezählten Leserbriefen.

Mitte Oktober verschärfte sich die Lage: kurz nach einem Gespräch zwischen dem Bürgermeister und dem Vorstand des Vereins, der das Kaufangebot für das Eichengrundstück bekräftigte, fanden AnwohnerInnen einen Drohbrief im Briefkasten. Die Anwältin des Investors sprach ein Hausverbot aus und drohte mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch. Die Polizei erklärte die Versammlung der EichenfreundInnen für illegal, das für die Mahnwachen aufgestellte Zelt der St.Georgs-Pfadfinder musste abgebaut werden. Der Investor errichtete einen weiteren Zaun, damit niemand mehr von den Grundstücken an der Heerstraße auf das Gelände gehen kann. Das Betretungsverbot traf auch das Künstlerpaar Helge und Saxana Hommes, die – wie zuvor im Hambacher Wald – die Alte Eiche für eine Baumbilder-Ausstellung porträtieren wollten und auf ein Nachbargrundstück ausweichen mussten. Die EichenretterInnen wachen nun in einem der Gärten und haben eine Durchwahlnummer der Polizei für den Fall, dass jemand illegalerweise die Alte Eiche beschädigen wollte.

Inzwischen versucht die SPD einzulenken: der Bürgermeister will zwischen Investor und dem Verein, der die Eiche kaufen will, vermitteln. Unterstützend erklärt die Landtagsabgeordnete und lokale SPD-Vorsitzende Lisa Kapteinat: „Wir [...] hatten nie das Ziel, diese [Eiche] zu fällen“ (Stadtanzeiger 23.10.19) – das geflügelte Wort eines DDR-Staatsratsvorsitzenden drängt sich auf. Der Vermittlungsversuch wird vom Investor, der bisher jede Anfrage ignoriert hatte, vom Tisch gefegt: der Bebauungsplan sei beschlossen, die Eiche müsse gefällt werden – daher sei die Initiative des Bürgermeisters „mehr Kommunalwahlkampf“. (RuhrNachrichten 7.11.19)

Der BUND hat derweil ein Normenkontrollverfahren beantragt. Das Ende ist noch nicht absehbar.

Ulrich Hüpke findet: eine 250 Jahre alte Eiche, die Kriege, Revolutionen und Unwetter überstanden hat, darf niemand fällen. Solch grüne Natur muss erhalten werden.

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

ISSN 1615 - 3278

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

Konto: AMOS

IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
BIC: WELADED1BOC

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Bochum | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg † | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund † | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Robert Bosshard, Sebastian Müller

Endredaktion/Layout:

Axel Lippek
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl
Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS Schriftzug:

Jochen Stankowski
Einzelpreis: 5,00 €
Abo-Preis: 20,- € jährlich
inkl. Versandkosten

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Peter Schmidt

Der Jahnwald in Marl:

Ein vernetzter Finanzinvestor und die Kraft einer BI

Das Jahnstadion und der Jahnwald in Marl-Hüls? Wo liegt denn Marl-Hüls? Da war doch mal was. Dem sportbegeisterten Leser fällt dabei sofort der TSV Marl Hüls ein. Ein Fußballverein mit legendärer Vergangenheit und sportlichen Erfolgen in der Regionalliga West. Hatte die Stadt Marl nicht in den 60er Jahren ein Fußballstadion mit 25.000 Plätzen gebaut? War das nicht schon damals zwei Nummer zu groß? Ja, das ist alles richtig. Was ist daraus geworden und warum berichten wir darüber?

Die Stadt Marl will ihr Tafelsilber in Form dieses parkähnlich angelegten Waldes zu einem Spottpreis an einen bekannten Investor verkaufen. Hochpreisige Wohnungen sollen entstehen. Den Bürgern und Bürgerinnen von Marl wird hierdurch ein wertvoller Erholungsraum genommen. Die Hoffnung, neue Einwohner und damit Kaufkraft nach Marl zu holen, treibt den Stadtrat zu immer neuen Eingeständnissen.

Aber fangen wir einmal ganz von vorne an.

1964 – Blütezeit der Stadt Marl

In der Stadt, die am nördlichen Rand des Ruhrgebiets liegt, sind der Bergbau und die Chemischen Werke Hüls angesiedelt und Marl schickt sich an, eine moderne Großstadt zu werden. Der zukunftsorientierte Bürgermeister Rudolf Heiland entwickelt ein städtebauliches Konzept von außerordentlicher Weitsicht. Mit ausgewogenem Verhältnis von Grünflächen und Siedlungsgebieten will er den Malochern und ihren Familien die Möglichkeit geben, sich von der körperlich schweren Arbeit im Pütt oder im chemischen Betrieb in ihrer Stadt zu erholen. Schwerindustrie und Erholungsraum sollen eine Einheit werden. In Zusammenarbeit mit der TU Berlin wird eine Grünflächen-Planung entwickelt, die im Ruhrgebiet ihresgleichen sucht und bundesweit große Beachtung und Anerkennung findet.

Der alte Jahnwald um das neue Stadion erhält eine Infrastruktur mit gepflegten Wegen und flächendeckender Beleuchtung und wird für die Hülsener Bevölkerung zu einem bis heute beliebten Naherholungsgebiet.

1974 bis 2012 – Der langsame Niedergang

In Marl schrumpfen die Einwohnerzahlen und der Niedergang des Ruhrbergbaus machen dem TSV und der Stadtkasse sehr zu schaffen. Die üppigen Subventionen des Bergwerkes werden gestrichen und das Jahnstadion sowie der dazugehörige Waldpark werden für die nächsten Jahrzehnte sich selber überlassen. Der TSV stellt im Jahre 2005 seinen Spielbetrieb in dem maroden Stadion ein.

Aufgrund finanzieller Zwänge kommt es in Marl immer häufiger zur Vernachlässigung städtischer Objekte. Bedeutende Bauwerke und funktionale Grünflächen werden nicht mehr instand gehalten und verkommen langsam vor den Augen des Steuerzahlers. Auf die Frage hin, wie das sein kann, antwor-

tet Bürgermeister Arndt in einer Ratssitzung: „Die Stadt Marl gehört zu den klammen Gemeinden und hat schlichtweg kein Geld, teure Instandhaltungsarbeiten zu erledigen.“ Dagegen halte ich meine Dachpfanne, die ich für ein paar Euro reparieren lasse, um weiteren großen Schaden abzuwenden. Doch in Marl ticken die Uhren eben anders.

2012 bis 2019 – Jetzt wird es trickreich

Indessen erblüht im Jahr 2012 die Idee, das Jahnstadion zum Wohnbauland für hochpreisige Wohnungen umzuwidmen und an einen Investor zu verkaufen. Bis zur Bebauung des Stadions wird „vorübergehend“ ein Nutzungsvertrag mit dem Baseballclub Sly Dogs geschlossen. Sie halten einen gewissen Pflegezustand zumindest im Innenraum und auf einer Tribüne aufrecht, um ihren Sport zu betreiben und etwas Platz für Zuschauer zur Verfügung zu stellen. Der Jahnwald selbst jedoch wird aus dem Pflegeplan der Stadt Marl genommen und pflegerisch an den Landesbetrieb „Wald & Holz“ übergeben. Ein erster Ratsbeschluss besiegelt dann die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes. Nach erfolgloser europäischer Ausschreibung wird, fast wie abgesprochen, der mögliche Investor gebeten, ein entsprechendes Angebot zu erstellen. Der bekannte Großfinanzier Hubert Schulte-Kemper lässt sich nicht lange bitten. Selber lange Jahre für die CDU im Rat der Stadt und heute Vorstandsvorsitzender der Fakt AG in Essen, kennt er die Strukturen und weichen Stellen in der Marler Politik und Verwaltung wie kein anderer. Diesen Einfluss macht er geltend. Gibt es alte Seilschaften? HSK, wie ihn viele nennen, will jetzt auch noch den Bereich um die alte Waldschule mit teuren Stadtvillen bebauen und macht es zur Bedingung, um überhaupt zu investieren. Politik und Verwaltung sind besorgt darüber, dass er seine Drohung wahr machen und letztlich noch abspringen könnte. Möglicherweise sind andere Projekte, die er für Marl geplant hat, auch noch in Gefahr. Ein städtischer Gestaltungsbeirat wird zusammengestellt, der einen Bebauungsplan mit erheblich größerem Umfang vorschlägt. Der Investor jubelt. Nicht er, sondern die Stadt selbst will das Baugebiet vergrößern und sieht Bauland für mehr als 200 Wohneinheiten vor. Gerne „beugt“ sich der Interessent dem Willen der Stadt.

Nach der ersten Bürgerinformation im Juni 2017 wird umweltbewussten Bürgerinnen und Bürgern klar, dass hier, entgegen aller Beteuerungen, der Verlust sehr vieler mitunter mehr als 100 Jahre alten Bäume droht. Es gründet sich eine Bürgerinitiative. Die Anzahl der Bäume, die zum Opfer fallen werden, kann oder will von offizieller Seite nicht genannt werden. Der vergrößerte Umfang bis an den bestehenden Siedlungsbereich wird damit begründet, ein „introvertiertes“ Wohnen im Stadionrund zu vermeiden. Nachtigall, ich hör dir tratschen. Die Fakt AG wird nervös und möchte mit den Arbeiten beginnen. Artig werden die alten Ratsbeschlüsse aufgehoben und mit vergrößertem Geltungsbereich wieder neu gefasst. Bisher als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich

festgelegt, soll das Areal in künftig auch baurechtlich eine Wohnbaufläche werden. Das soll der geänderte Flächennutzungsplan möglich machen. Eine folgenschwere Nachricht überrascht jedoch im Januar 2018 alle Beteiligten. Auf Nachfrage der BI bei der Landesplanungsbehörde, dem RVR, teilt dieser mit, dass eine Änderung des Flächennutzungsplanes erst dann erfolgen kann, wenn der geltende Regionalplan entsprechend geändert wird. Dieser befindet sich allerdings derzeit in der Entwurfserarbeitung und erhält voraussichtlich erst in 2020 oder später seine Gültigkeit. Im noch gültigen Plan ist das Gebiet immer noch als allgemeiner Freiraum festgelegt und die Fortsetzung des Bauleitplanes somit nicht möglich. Die Baumschützer sind hoch erfreut und Verwaltung, Politik und Fakt AG geschockt. Nichtsdestotrotz führt die Verwaltung die öffentliche Beteiligung zum Bauvorhaben durch. Die Forderung der Bürgerinitiative, die Offenlegung wegen fehlender Rechtssicherheit unverzüglich abubrechen, wird abgewiesen. Die Eingaben der Marler Bevölkerung verschwinden für die nächsten Jahre unbearbeitet in den Schubladen der Amtsstuben. Im Stadion spielt weiter der Baseballclub. Umweltberichte und artenschutzrechtliche Gutachten finden, obwohl sie die Bebauung als einen erheblichen Eingriff in die Natur hervorheben, keine Beachtung. „Wir sind vom Stadtrat mit der Abarbeitung der Bauleitplanung beauftragt“, so der Bürgermeister stoisch. – Damit Basta!

In den Jahren 2018 und 2019 erleben wir in Deutschland zwei extreme Sommer mit wochenlangen Hitzeperioden und Temperaturen in den Innenstädten von über 40°C. Marl ist rekordverdächtig. Das Thema Erderwärmung und Klimawandel ist in aller Munde. Im Jahnwald ist die Temperatur um ca. 5°C geringer als im Siedlungsgebiet. Hier lässt es sich aushalten. Hier wird Luftsauerstoff für mehr als 6.000 Menschen produziert und in hohem Maße das Treibhausgas CO₂ gebunden. Eine grüne Lunge. Von den etwa 700 Bäumen werden der vorgesehenen Baumaßnahme mindestens 350 zum Opfer fallen. Weitere sind aufgrund massiver Eingriffe mittelfristig nicht zu halten. Nach dem desolaten Ausgang der Europawahl erklärt die Stadt Marl den Klimanotstand. Alle zukünftigen Projekte sollen ab sofort einer genauen Prüfung der umwelt- und klimarelevanten Auswirkungen unterzogen werden. Der Wahlkampf zur Kommunalwahl 2020 hat begonnen. Ein schwedisches Mädchen rüttelt weltweit die Menschen auf und Fridays for Future macht in aller Welt mit Schulstreiks auf sich aufmerksam. Auch in Marl demonstrieren die Schüler. Die Stadt veranstaltet eine Klimakonferenz mit Schülern, Umweltverbänden und Wissenschaftlern, um neue Ideen zum Klimaschutz zu generieren. Eine von vielen Forderungen ist, den alten Baumbestand in Siedlungsbereichen zu erhalten und stattdessen durch Sanierung von alten Gebäudebeständen neuen Wohnraum zu schaffen. Indessen zweifeln immer mehr Bürger an der Sinnhaftigkeit der Jahnbebauung und erarbeiten gute Alternativen für die weitere Nutzung. Altenresidenz oder Kita in der Waldschule, Begegnungsstätte und Naturlehrpfad im Wald sind nur einige Ideen. Auch die Nachbarstädte planen profitorientierte, aber waldvernichtende Bauprojekte. Die Bürgerinitiativen und Umweltverbände knüpfen ein Netzwerk und auf die Nachfrage, wie es mit dem Marler Bauvorhaben nun weitergeht und der Hinweis, dass nach mittlerweile ausgelaufenem Optionsvertrag keinerlei Verpflichtungen dem möglichen Investor gegenüber mehr bestehen, lautet die unglaubliche Antwort:

Wir halten bis auf weiteres an der Planung fest, der Stadtrat soll sagen was er will.

Die Bürgerinitiative kämpft weiter ganz im Sinne des schönen Zitates von Bürgermeister Heiland:

„Diese und manche andere Tatsachen sind ein Beweis, dass in dieser Stadt der Arbeit und der Arbeiter nicht nur Bauten emporwachsen, sondern dass die Einwohner teilhaben an den geistigen Problemen der Stadt, dass ihnen ihre Stadt und ihr Werden ein persönliches Anliegen ist. In diesem Geiste muss – so glauben wir in Marl – eine Großstadt der Zukunft geboren werden, um und mit dem Bewusstsein ihrer Bürger, die um alle Einzelheiten wissen, die sich keinen Baum nehmen lassen aus dem Grüngürtel, der ihre Stadt vor Rauch und Ruß des Ruhrgebietes schützen soll, die leidenschaftlich mit diskutieren. ... und die stolz darauf sind, wenn Besucher aus aller Welt Anteil nehmen...“ (Quelle: Rudolf Heiland: Wir bauen eine Stadt, in: Günther Marschall (Hg.): Marl – Geburt einer Großstadt, in der Reihe: Deutsche Städte – heute und morgen I (ohne Jahresangabe), S. 7) .

Wir müssen befürchten, dass die Stadt Marl dabei ist, dieses großartige Erbe zu verspielen.

Peter Schmidt, geb. 1955, Dipl.-Ing., mittlerweile im Ruhestand, lebt immer noch in Marl – aber verweist gerne. Macht Musik mit Leidenschaft. Engagiert sich intensiv für den Erhalt bedrohter Bäume.

Einladung Manfred Walz erinnern

am 22. Januar 2020 von 12 – 16 Uhr im Gemeinschaftshaus des BuntStifts, Stiftstrasse 40, 44892 Bochum

Liebe Angehörige und Freunde von Manfred,

nach Manfreds Tod haben wir uns im Garten des BuntStifts getroffen. Wir haben zu seinem Abschied weiße Ballons in den Himmel steigen lassen. Und wir haben beschlossen, uns im Anlass seines 80. ten Geburtstages am 22.01.2020 noch einmal zu treffen. Gedenken und Zusammensein mit Blick auch in die Zukunft. Hierzu laden wir jetzt herzlich ein.

Es soll ein besinnlicher und fröhlicher Nachmittag werden an dem Manfred in unseren Gedanken dabei ist.

Wir haben überlegt einige Akzente zu setzen, kurze Beiträge, die Erinnerungen wecken:

- Geschichten aus Familie und Eifel
- sein Wirken für und im BuntStift
- seine Arbeit bei Amos
- sein Engagement als Stadtplaner und Architekt

Ein bisschen Musik, Lieder, Gedichte und vielleicht einige Bilder sollen uns ansprechen.

Aber hauptsächlich wollen wir zusammen sein als Menschen, die sich mit Manfred oder bei ihm immer wieder getroffen haben... So haben wir uns das gedacht, offen für Vorschläge, die vielleicht von euch kommen.

Sinie, Peter, Sigrid, Hartmut, Rolf und Kalle

Wer kann bringt etwas mit zum Knabbern, für Getränke wird gesorgt. Wir bitten euch, euch bei Rolf zu melden, wenn ihr an dem Treffen teilnehmen wollt, damit wir einen Überblick haben wie viele Freunde kommen: eulershausen@t-online.de

Peter Strege

Von wegen Paradies vergessen!

Wenn es um die Wurst dessen geht, was mich wie umgibt, von dem ich wissen möchte, ob es mein Zuhause, meine Heimat, das ist, was ich, wenn ich fern bin, zu sehen und wiederzutreffen begehre – also mein Sehnsuchtsort, dann reden wir von dem, was zunehmend aus meinem Gesichtskreis entschwindet, was dem Irrglauben des Aufräumens und fernsteuernder Ordnungsliebe geschuldet, als Gestaltungsmühe in jeden Tag gelegt wird.

Mein Land, die Gegend, meine Region, das Drumherum wird neu strukturiert!

Ich behaupte: Umgehungswege sind oft zielführender als navigiertes kluges Wegweisen.

Des Weges gewiesen werden, sich weisen lassen durch GPS gestützte Daten, die neue Form des Christoferusgetragenwerdens, leitgehammelter Folgen von aus der Ferne stammenden sehr sicheren, nahezu unfehlbaren Richtungsempfehlungen; da ist die neue Navigattin derer, die nicht mehr nach den Sternen schauen oder nach der Sonne schießen.

Wo aber finde ich noch Pfade, die ich nicht kenne, die mich nicht kannten? Die ich nicht kannte, deren Vorhandensein mir zwar geläufig, aber in Nähenferne entschwanden, die aus trüben Nebeln helllichtig mir immer entgegen traten, auf denen ich mich gehend niederlegen konnte, um der Krume und ihrer Erdschwere nah zu sein?

Solche Pfade irritieren und machen unsicher. Kraut wächst dort und Unbehagen kann die sich einschleichende Folge sein. Solche Gegenden haben Ränder, die das Zentrum sind.

Liegegebliebenes, so zurück gewonnenes Land ist Geschenk.

Geschenken bringt man vertrauende Freude entgegen.

Brachen sind Geschenke und keine Schandflecken.

Denn solchermaßen herabwürdigende Bewertung schändet im Nachhinein diejenigen, die vorher dort gearbeitet, gelebt und Sinnvolles im Zweckverständnis des damaligen Heute geleistet haben.

Im Ausgestoßenen sich verbeheimaten!

Im Entsetzen sich gemütlich einrichten!

Es kühlt mich meine Neugierde. Hinter der Fassade aus Vorsicht und leichtem Grusel taste ich mit Augen und Füßen, lasse meine Hände über brüchiges Mauerwerk und rissigem Beton nach dem Alter des Bauwerkes suchen und dessen Reste und Trümmer fühlen. Brennessel und Leimkraut bedrängen mich. Eingetaucht in eine Fremde, die, so nah sie war, mich dahin entführt, worin ich zuvor noch nicht gewesen bin. Mit rascherem Atem bewege ich mich im neuen Dschungel und durchwate zwiebelige Schalen meiner Ängste, die nichts zuordnen können und zugeben müssen, dass sie hilflos sind.

Voran oder im Kreis, die Schritte ins Ungewisse kennen kein Ziel, noch haben sie irgendein Wegeverständnis in Aussicht.

Noch bin ich bei mir und habe Gewissheit über den Ort, an dem ich bin soweit, dass ich fühle, wie hinter den gemachten Schritten das Gesträuch wieder zusammen wächst und meines Weges Spur unkenntlich werden lässt. Selten zuvor war ich an des Weges „Jetztort“ so in eins mit mir wie nun.

Zeit davor und danach fallen von mir ab und nur die Spuren meiner Gedanken lächeln aus einer bestimmten Ferne, deren Richtung ich nicht ausmachen kann. Wertvorstellungen, Beurteilungen, wie lange ist es her, dass ich mit solchen Kategorien maß? Wollte ich etwas finden? War ich auf der Suche? Befand ich nicht mich?

Quellenqual und semper idem, das „Sapperlott“ wollte sich nicht von meinen Lippen lösen, schweigend lehnte ich in Gedanken an der großväterlichen Hausfassade und döste im sommerlichen Schatten. Meine Füße gehörten Käfern und Ameisen, die Wiese des Gebüschs hatte tausend Augen. Stille schrie in den Ohren und von oben versengte der Planet den Kopf. Gerne wäre ich nicht vom Weg abgekommen. Hätte mich mit Sehnsuchtsgedanken auf dem Pfad weiter unschlüssig verhalten. So aber, mit dem Betreten verbotenen Terrains, hatte ich das Album großer Ungewissheit und weglosen Reichtums aufgeschlagen, war Teil dessen geworden, was andere als Hinterlassenschaft ins Unkenntliche hatten wachsen lassen.

Es war mir, als habe mich Patagonien, diese feste Idylle am Ende der Welt eingeholt und stünde nun als Irrgarten der Geschichte bei mir. Ich – zwar mittendrin – aber unfähig dem Ereignis den Abstand zu gewähren, den es bräuchte, um drauf zu schauen und zu genießen. Das im Augenblick Fremde schlug über mir wie Strudel zusammen und zog mich an sein Ende hinab, wo ich schon war, bevor ich los gegangen war. Es gab diesen Geschichte gewordenen Abrieb tüchtiger Arbeit und menschlicher Erfolge, nur die Seiten dafür im Lebensalbum waren heraus gerissen. Oder schienen als unleserlich vor mir auf, verwirrten den heißen Kopf und schäkerten um einer blauen Blume Wiedererkennbarkeit.

Weges Rand, Grasnarbe; wo des regen Gebrauchs Spur aufhört und das beginnt, was wir zwar zu kennen glauben, aber was wie eine fremde Lanze in unser Leben ragt. Dieses zuzulassen und nicht mit dem Mähdrescher die aufkeimenden Sporen beseitigen, um ja keine ungebetenen Gäste ins Haus ohne Hüter wachsen zu lassen, solcherart Mut und Neugierde am Desaster des Wildwuchses und zeitgeschundenem Verfall, diese Piranesiwirklichkeit eines eben noch-Heute, das seine Vergangenheit gebär, wo wir zukünftig dabei waren, schmerzliche Geburt von hinterlassenem Grauen, das als Geschenk und Leben zu begreifen, das müssen, das sollten wir noch lernen!



Peter Strege liebt es im Ruhrgebiet auf wenig bis gar nicht ausgetretenen Pfaden manchem Ungewissen zu begegnen. Weil er ein Gewissen hat!

Sebastian Müller

Menschenort 42

Die HeidelbÜrger wohnen noch nicht. Sie arbeiten daran.

Da ist ja die Heidelberger Straße 8 in Gelsenkirchen, das Wohnprojekt, das ich besuchen wollte, denke ich, nachdem ich die belebte Bochumerstr. herauf gegangen war und dann links in die Bergmannstraße hinein abgebogen war. Erst sieht man rechts die Kirche Heilig Kreuz, das Wahrzeichen von Gelsenkirchen-Ückendorf, und daneben den langgestreckten, roten Backsteinbau der ehemaligen Pfarrei St. Augustinus, in dem der Menschenort der HeidelbÜrger entsteht. Ich habe mich mit Christoph Lammert dort verabredet, um mehr von dem kleinen Wohnprojekt zu erfahren, die die Pfarrei zu einem Atelier und Wohnungen umbauen will. Wohnen und Arbeiten soll nach den Ideen der Gründer und Gründerinnen des Wohnprojekts an einem Platz, möglichst unter einem Dach entstehen. Später soll es auch noch im alten Kindergarten der Gemeinde nebenan Wohnungen geben. Christoph erwartet mich schon am Eingang. Mit dabei ist auch Martin.



Christoph Lammert und Hiltrud Lammert hatten schon einige Jahre an künstlerischer Produktion hinter sich, bevor sie an ein Wohnprojekt mit anderen dachten und sich an etwas wie zusammen leben und zusammen produzieren und Kunst machen herantrauten. 2011 hatten sie allerdings schon im Gesellschafts-Saal einer ehemaligen Kneipe in Bochum ein Atelier und Salonkaffee eingerichtet, es betrieben und für Kulturevents und soziales Zusammenbringen von kulturinteressierten Menschen geöffnet, erzählt Christoph. „Es ging vielleicht mit der Idee los: Bring mal deine Mutter mit und sie soll uns etwas von ihrem Leben erzählen und wir hören ihr zu, fragen sie was, lassen uns Fotos aus ihrem Leben zeigen und steigen auf die Fotos ein, um ihre mit unseren und anderen Lebenserfahrungen zu vergleichen oder mit denen der Mutter zu kontrastieren. Wir haben das alles zusammengestellt, dokumentiert und ausgestellt. So konnten wir andere daran teilhaben lassen und ermöglichten, an ihren Lebensläufen weiter zu denken und weiter zu arbeiten. Insbesondere für junge Leute, die noch ihren Weg ins praktische oder gesellschaftliche Leben suchen, ist das eine spannende Sache. Wir haben auch zum Beispiel das Projekt gemacht: Bring' dein Lieblingsbuch mit, tausche es mit meinem. Dazu gab es dann Lesungen aus Lieblingsbüchern und Gespräche über die ge-

lesenen Texte. Darauf wurde jemand aus dem Kreis der Jugendbeauftragten des Bistums Essen aufmerksam. Mit ihm veranstalteten wir ein Essen mit Gesprächen über Ideen und Möglichkeiten der weiteren Entwicklung von Kultur im Bistum.“ 2015 wurde Lammerts die Bochumer Gaststätte gekündigt. Da traf es sich gut, dass Christoph schon längere Zeit im Künstlerbund Gelsenkirchener Künstler mitgearbeitet hatte und mit ihm Führungen durch Ückendorf veranstaltet hatte, um auf Veränderungen im Stadtteil Ückendorf aufmerksam zu machen und auf ihn sinnvoll einzuwirken.

Hier hörte Christoph 2017 davon, dass das Grundstück des katholischen Kindergartens an der Kirche Heilig Kreuz verkauft werden sollte. Mit einem befreundeten Architekten kam er auf die Idee, danach zu fragen, ob nicht auch der Gemeindsaal in der Heidelbergerstr. zu verkaufen sei. Mit ihm machte er Pläne für den Umbau, ließ damit das neue Wohnprojekt vor den Augen von Freunden aus Bochum und Gelsenkirchen entstehen und begeisterte sie dafür. Da sollte kein Gewerbe- oder Wohnungsbau von der Stange entstehen, keine Grundrisse nach Schema F: Bad, Toilette, Küche, Diele, Büro oder Wohnzimmer und Erschließungsflur. „Wir wollten Licht und Luft durch große Fensterscheiben von zwei Seiten und gläserne Trennwände mitten im Haus. Und das alte Parkett im Veranstaltungssaal sollte wieder benutzt und als Boden für ein zentrales Atelier verlegt werden.“ Die Wohnbund-Beratung in Bochum steuerte die Idee bei, das Projekt als eins der Wohnprojekte in der Dachgenossenschaft für genossenschaftliche Wohnprojekte in Nordrhein-Westfalen aufzuziehen und zu betreuen. Denn selbstverständlich musste das Projekt, gemeinsam zu wohnen, Kunst zu machen und den Gemeindsaal zu Ateliers und Wohnungen umzubauen, auch finanziert werden können. Die HeidelbÜrger entschieden sich, dass jeder Werkraum nur eine bauliche Grundversorgung erhalten sollte, die nicht mehr als 200 bis 300 Euro pro Quadratmeter kosten sollte, damit Werkräume nur 2,20 Miete pro qm kosten konnten. Jede Wohnung sollte mit 600 Euro pro Quadratmeter gebaut werden, damit sie am Ende nicht mehr als 7 Euro höchstens an Miete kosten müsste. Eine „Planungsgruppe“ der 12 Wohngenossen oder -genossinnen entscheidet über alle wichtigen Fragen im Wohnprojekt. Mehr dürfen es nicht sein.

Christoph und Martin bezeichnen ihre Denk- und Arbeitsweise als pragmatisch, auch wenn sie dazu führte, dass Martin Entscheidungen über den Fortschritt des Umbaus im Gemeindehaus nicht mitentscheiden durfte. Es war keine Wohnung mehr für ihn da, als er sich klar darüber geworden war, dass er das Wohnprojekt der HeidelbÜrger gern mitbewohnen und mitinvestieren würde. Mit dem Umbau des Versammlungssaals wollen die HeidelbÜrger im Februar 2020 fertig sein, und Christoph brennt dafür, dass er dann mit seiner Frau in die Heidelbergerstr. 8 einzieht.

Sebastian Müller findet immer spannend, wie Menschen wohnen. Auf der Baustelle der HeidelbÜrger Wohnkumpane war er besonders gern zu Besuch.

AMOS

Was vorüber ist, ist nicht vorüber.

Nachruf auf Wolf-Dieter Just

Wolf-Dieter genannt „Justus“ Just ist am 15.11.2019 in Duisburg friedlich nachts eingeschlafen, im Alter von 78 Jahren. Mit vielen haben wir ihn dort am 21.11. beerdigt.

Ingrid und Justus waren ein Leben lang verheiratet und pflegten lebenslang Freundschaften. Daraus wuchsen Bäume mit Früchten: während ihrer Lebensstationen in den USA, an der Uni in Nairobi (mit kritischem Blick auf die Entwicklungspolitik), beim Ökumenischen Forschungsaustausch (ERE) in Rotterdam, an der Ev. Akademie in Mühlheim/Ruhr (die er zu einem Kristallisationsort für Flüchtlinge, Migranten und politisch Verfolgte machte, bis sie durch Beschluss der Ev. Kirche im Rheinland liquidiert wurde), ab 2002 an der Ev. FHS Bochum, wo er nach seiner Emeritierung weiterhin wirkte – ebenso wie dann auch an der Staatlichen FHS Düsseldorf.

Freundschaften sind wie Bäume mit ihren Früchten: Justus und Ingrid hielten persönliche Verbindungen möglichst lebenslang, gastfreundschaftlich, liebenswürdig, humorvoll, mit Seufzen und Lachen; politisch erfindungsreich; dabei wird die kritische Debatte aktualisiert und „das Wort“ muss gelegentlich als „Waffe“ wirken (gegen längst hoffähigen Rassismus; gegen immer härtere Politik gegen Flüchtlinge; in zahlreichen epd-Dokumentationen, die Justus herausbrachte).

Auch als einer der Herausgeber und Redaktionsmitglied von AMOS kümmerte er sich um Schwerpunktheften im Sinne von „Kein Mensch ist illegal“ und „Pro Asyl“ – gegen Mauern aller Art, Abschottungen, Rassismus, Verblödung und Ignoranz. Besonders seit 2014 war Justus bei etlichen AMOS-Schwerpunktheften federführend. Er reiste von seinem Wohnort Duisburg mit Bahn und Klapprad zu den Redaktionstreffen in Bochum-Langendreer an, immer vorbereitet, sorgfältig genau bis zur Auszählung von Buchstaben („mit und ohne Leerzeichen“), wohltuend freundliche Wärme ausstrahlend.

Als Professor in Bochum und Düsseldorf machte er freiwillig im Ruhestand weiter. Und freute sich, als er für dieses Wintersemester 2019/20 wieder angefragt war; allein die Anfrage tat ihm gut. – Legendar sind die von ihm praktizierten Exkursionen mit Studis nach Ungarn oder an die Grenze USA/Mexiko, wo – lange schon vor Trumps Mauer-Wahnsinn – Flüchtlinge in Wüsten verdursteten und umkommen bzw. von Freiwilligen gerettet werden. – Die 35-jährige Geschichte der Kirchenasyl-Bewegung in Mitteleuropa ist ohne Persönlichkeiten wie Justus nicht denkbar. Und als ökumenisch wirk-samer Prediger konnte er Gemeinden und manche Gremien überzeugen.

Justus im Ruhrgebiet – ein „Gerechter“, ähnlich Wolf-Dieter Narr in Berlin (dieser starb am 12. Okt. 2019 im Alter von 82 Jahren): unbestechlich, radikal-kritisch, auch selbstkritisch. Was in der Luft liegt, auf den Punkt bringend und praktisch werdend. Humane Politische Zeitgenossen. Menschenrechtlich unterwegs, ohne „die Menschenrechte“ und eine vermeintliche „Europäische Aufklärung“ als Totschlagargument zur Verschleierung von imperialer Herrschaft zu missbrauchen.

Justus war ein musischer Mensch, liebte Musik, und die

Sommerkonzerte im Garten der Hausgemeinschaft in der Angerstrasse in Duisburg taten gut – allen, auch ihm – zuletzt am Samstag, 31. Aug. 2019: Da lag schon ein Hauch wehmütige Abschiedsahnung in den durchsonnten großen Bäumen im Garten.

„Was vorüber ist, ist nicht vorüber. Es wächst weiter in Dir ein Baum aus Tränen oder vergangenem Glück“, so Rose Ausländer als Motto der Traueranzeige; hier lesen wir: „Mit dir haben wir die Weite und die Buntheit des Lebens kennen- und lieben gelernt. Vom Leiden der Krankheit erlöst bist Du nun in neuen Weiten – schmerzhaft fern und doch so nah in unseren liebenden Gedanken.“

Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA)

c/o Dr. Markus Braun, Simrockstr. 21, 50823 Köln, Germany,
e-mail: marx-braun@gmx.de

Öffentliche Erklärung

Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) setzt sich für die Umwandlung der Christuskirche in Windhoek in eine Gedenk- und Begegnungsstätte zur Erinnerung an den Völkermord an Herero und Nama und zur Aufarbeitung des Kolonialismus in Namibia ein, insbesondere als Beitrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Aufarbeitung ihrer eigenen Schuldgeschichte.

Die Christuskirche ist 1910 als Zeichen des Sieges und der Unterwerfung der Herero und Nama von der Vorgängerorganisation der EKD eingeweiht worden. Der Bau wurde überwiegend mit Mitteln aus Deutschland finanziert.

Überdies ist die Kirche bis heute Gedenkstätte für die deutschen Opfer des Kolonialkrieges, nicht aber für die einheimischen Opfer.

Besonders deutlich wurde das nach der Anbringung der Gedenktafeln im Jahr 1926. Sie bedecken eine ganze Wand, auf denen die Namen der „für Kaiser und Reich Gefallenen“ verzeichnet sind.

Die Erinnerung an diese Geschichte wurde in der Kirche bis in die Gegenwart hinein mit vielen Jubiläen unter starker Mitwirkung der EKD begangen und wachgehalten. Während der Apartheidzeit wurde die Kirche mit Beteiligung der EKD aufwändig restauriert.

Sechs Jahre nach dem Gedenkjahr an den Völkermord 2004 wurde unter Mitwirkung der EKD im Jahr 2010 das 100jährige Bestehen gefeiert und die von Anfang an in ihrem Besitz befindliche Christuskirche der Deutschen Gemeinde in Windhoek übergeben, ohne die EKD-Synode einzubeziehen.

Wir fordern die EKD auf als eine Konsequenz aus ihrem Schuldbekenntnis die erforderlichen Mittel für die Umwandlung der Christuskirche in eine Gedenkstätte bereit zu stellen und zusammen dem Namibischen Kirchenrat, der Museums Association of Namibia (MAN) unter Einbeziehung von Namibischen Opferverbänden und anderen kompetenten Institutionen ein Konzept dafür zu entwickeln.

Oktober 2019

Für den Mainzer Arbeitskreis: Markus Braun, Köln | Hans-Martin Milk, Neu-Isenburg | Frauke Heiermann, Oberhausen

Der MAKSA setzt sich seit 1972 zusammen mit anderen Solidaritätsgruppen in Deutschland für Gerechtigkeit in den Beziehungen zum Südlichen Afrika ein.

Der MAKSA versteht sich als Teil der weltweiten Ökumene, die sich der christlichen (biblischen) Parteinahme für Arme und Unterdrückte verpflichtet weiß.

Einhard Schmidt-Kallert

Landbesetzungen und Hausbesetzungen –

aber Geschichte wiederholt sich nicht immer!

1 WURF

Zwei Geschichten aus meiner Erinnerung: Tasek Utara in Johor Bahru und der Heidehof in Dortmund. Jahre liegen zwischen den Ereignissen, und 8.000 km liegen die Schauplätze auseinander. Trotzdem verknoten sich die beiden Geschichten in meinem Kopf zu einer einzigen.

1974: Johor Bahru in Westmalaysia, eine Großstadt mit rapide wachsender Bevölkerung. Täglich wandern landlose Bauern aus dem Umland in die Stadt. Wenn sie Glück haben, finden sie Arbeit. Eine Wohnung zu finden, ist fast aussichtslos. Tasek Utara, ein Vorort von Johor Bahru. Zuwanderer haben auf einem Stück Land, für das sie keine Rechtstitel haben, in Eigenarbeit Häuser gebaut. 120 Familien sind es, sie haben ihre letzten Ersparnisse in die Baumaterialien gesteckt, zum Teil haben sie sich erheblich verschuldet, um Wellblech und ein paar Bretter zu kaufen.

1982: Dortmund, Großstadt mit wachsenden Arbeitslosenzahlen und zunehmender Wohnungsnot, vor allem für Geringverdiener. Der Heidehof: eine um 1950 erbaute Bildungsstätte der IG Metall, das Haus ist in gutem baulichen Zustand. Die IG Metall beschließt eine Neuorganisation ihrer Bildungsarbeit, das Haus wird nicht mehr gebraucht und soll abgerissen werden. Daraufhin besetzt eine Gruppe von 35 Männern und Frauen unterschiedlicher Berufe und Altersgruppen den leerstehenden Gebäudekomplex. Unter den Besetzern sind Arbeiter, Arbeitslose, Handwerker und Studenten. Viele haben schon lange nach einer eigenen Wohnung gesucht. Sie machen sich mit Eifer daran, das Haus zu renovieren, sich wohnlich einzurichten. Sie ziehen ein Café auf und wollen Werkstätten für arbeitslose Jugendliche aufbauen. Ein Kreis von „Paten“ der Hausbesetzer bemüht sich um Verhandlungen mit der IG Metall, um einen Nutzungsvertrag für die Besetzer durchzusetzen.

„...und werden Sie hiermit aufgefordert, das oben bezeichnete Grundstück bis zum 15. September dieses Jahres zu räumen. Andernfalls müssen wir die Zwangsräumung vollstrecken... - der Leiter des Grundbuchamts“ Das stand in dem Brief an die Siedler von Tasek Utara. „Wir bleiben, wo sollen wir sonst hingehen?“ entscheiden die Siedler. Fieberhafte Beratungen, Delegationen werden zu den zuständigen Ämtern und Politikern geschickt. Ohne Reaktion.

Der IG-Metall-Vorstand ist für Hausbesetzer und ihre „Paten“ nicht zu sprechen. Auch der Dortmunder Oberbürgermeister hat keinen Termin frei.

Noch vor Sonnenaufgang kommen Spezialeinheiten der Polizei mit Schlagstöcken und Sägen. „Verlassen Sie die Häuser, dies ist eine Räumung!“ Keiner verlässt sein Haus. Der Einsatzleiter gibt die Anweisung, die Hauptstützbalken der Holzhäuser einzusägen. „Wer jetzt noch im Haus bleibt, riskiert sein Leben!“ die Bereitschaftspolizei zerrt die verstörten Bewohner aus ihren Häusern. Weinende Kinder, fassungslose Erwachsene.

In aller Frühe bauen sich Hundertschaften der Dortmunder Polizei vor dem Heidehof auf. Ein furchterregender Anblick. Mit ruhiger Stimme spricht der Einsatzleiter durch das Megaphon: „Bitte verlassen Sie sofort das Gebäude. Sie haben zehn

Minuten Zeit...“ Alle bleiben. Dann werden die Bewohner und Sympathisanten einzeln herausgetragen. Arbeiter räumen die Habseligkeiten der Bewohner in Kisten. Das Haus ist erst halb leergeräumt, da rücken schon die Abrissbagger an.

Nach der Räumung: Da gab es eine Demonstration der Landbesetzer in Johor Bahru, da gab es erstaunlich breite Solidarität mit den obdachlos Gemachten. Vor dem Regierungsgebäude riefen sich die Demonstranten die Kehlen heiser: „Ihr habt unsere Häuser zerstört! Wo sollen unsere Kinder schlafen?“

Am Abend nach der Räumung des Heidehofs fand in Dortmund eine eher stille Demonstration statt. Ein letztes Bild vom Heidehof: Der Bagger hatte das Dach und die Außenwand schon weggerissen. An der Innenwand stand in roter Pinselschrift, etwas krakelig: „Ich kann meine Träume nicht fristlos entlassen, ich schulde ihnen noch mein Leben!“

Was ist geblieben? Resignation? Auch heute enden so viele Landbesetzungen und Hausbesetzungen mit Abriss und Vertreibung. In Surabaya, in Lagos und natürlich auch in Europa. Es ist zum Verzweifeln. Muss sich denn Geschichte immer wiederholen? Nein!

5. November 2015: wieder eine Hausbesetzung in Deutschland, wieder ein Gewerkschaftshaus. Am Ende des langen Sommers der Migration besetzen 40 Männer und Frauen, die meisten von ihnen aktive Unterstützer von Flüchtlingen, das seit sechs Jahren leer stehende DGB-Haus in der Göttinger Innenstadt. Wenige Tage später finden dort Flüchtlinge, die aus irgendeinem Grund am Göttinger Bahnhof gelandet sind, eine erste Unterkunft; kurz danach bieten Unterstützer Sprachkurse im Haus an. Die Besetzer beginnen, das Haus notdürftig zum Wohnen herzurichten. Die lokale Öffentlichkeit nimmt sehr genau wahr, was die Besetzer tun und vorhaben. Viele Göttinger schreiben Leserbriefe an die Lokalzeitungen, warnen den DGB als Eigentümer davor, das Haus räumen zu lassen. Innerhalb der Gewerkschaften wird kontrovers diskutiert, wie mit den Besetzern umzugehen sei. Und dann trat tatsächlich ein, was ich (und viele andere) kaum zu hoffen gewagt hatten: die Besetzung nahm ein glückliches Ende. Im März 2017 verkaufte der DGB das Haus an eine von den Besetzern und ihren Unterstützern eigens gegründete Gesellschaft, die „Our House OM10 GmbH“. Finanziert wurde der Kauf mit Direktkrediten und Spenden. Seitdem sind die ehemaligen Besetzer kontinuierlich dabei, das Haus zu renovieren und modernisieren. Inzwischen sind auf den oberen Etagen Familien und Wohngemeinschaften von Geflüchteten, Deutschen und Studenten aus anderen Ländern eingezogen. Im Erdgeschoss treffen sich regelmäßig Initiativen wie das „Refugee Network“ oder „die Falken“.

Wenn das kein Grund zum Feiern ist, vier Jahre nach der Besetzung!

Einhard Schmidt-Kallert, Jg. 1949, Raumplaner mit Erfahrungen in vielen Ländern, insbesondere im globalen Süden, war Entwicklungshelfer in Malaysia, Gastdozent in Ghana und Hochschullehrer in Dortmund. Lebt in Essen.

Stellungnahme zum Vorhaben des Berliner Innensenators, andersdenkende Juden zu verfolgen

Sehr geehrter Herr Geisel,

in Ihrem Zeit-Interview sagen Sie: „Ich höre oft von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde hier in Berlin, dass sie sich gegenüber anderen für Israel und die dortigen Verhältnisse rechtfertigen müssen. Warum sollten sie das müssen?“

Genau das hat uns dazu motiviert, unsere Organisation, die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, 2003 in Berlin mit dem Motto „Nicht in unserem Namen“ zu gründen. Die israelischen Regierungen behaupten, für alle Juden der Welt zu sprechen, auch wenn nur etwa 40% der Juden in Israel leben und auch dort nur ein Teil von Ihnen durch die israelischen Regierungen repräsentiert wird.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland unterstützt leider diese Vereinnahmung der Juden in der Welt durch die israelischen Regierungen. In Zeiten von Attacken auf den Gaza-Streifen zum Beispiel schaltete der Zentralrat der Juden in Deutschland Solidaritätsanzeigen mit dem israelischen Staat und in den Synagogen wurde während des Freitagsgebets gegen einen Waffenstillstand Stellung bezogen, wie es Mitglieder von uns dort erlebt haben. Dabei vertritt der Zentralrat weniger als die Hälfte der Juden in Deutschland. Diese Unterstützung der israelischen Politik erfolgt mit Staatsgeldern, die nicht dafür gedacht sind, da der Zentralrat der Juden nicht die israelische Botschaft ist.

Wenn die israelischen Regierungen sich als Repräsentant der Juden in der Welt gebärden und sich der Zentralrat der Juden in Deutschland zum langen Arm der israelischen Regierungen macht, ist es unvermeidlich, dass Juden hier und anderswo oft mit Israel identifiziert werden. Und das gefährdet Juden in Deutschland und in der Welt in der Tat, wie das im Übrigen für jede undifferenzierte Wahrnehmung von Minderheiten gilt.

Wir, wie mehrere jüdische Friedensorganisationen, lehnen uns dagegen auf. Die israelische Regierung spricht nicht für uns und vor allem nicht, wenn sie das Völkerrecht und die Menschenrechte tagtäglich mit Füßen tritt.

Wir unterstützen auch, wie andere jüdische Organisationen, die BDS-Kampagne und können uns dabei auf eine lange jüdische Tradition berufen. Es waren auch jüdische Juristen, die zur Formulierung des Völkerrechts nach dem Holocaust beigetragen haben.

Sie sagen auch: „Wir müssen gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern Solidarität zeigen. Gerade in einer Situation, in der unsere Demokratie so unter Druck ist wie derzeit, ist es wichtig, dass der Staat einen klaren Kompass vorgibt. Auf diesem Kompass steht: Nein zu Antisemitismus. Nein zu jüdenfeindlichen Ressentiments.“

Das begrüßen wir. Wir sind in Deutschland lebende Juden und Jüdinnen, die als Minderheit von den demokratischen Werten besonders abhängig sind. Viele von uns sind auch Israelis, die wie tausende andere Israelis in den letzten Jahren Israel verlassen haben und z.B. in Berlin leben, weil wir für uns und unsere Familien ein besseres Leben wollen. Ein Leben, in dem unsere Kinder, wie auch deutsche Kinder heute, nicht von früher Kindheit an auf den Dienst in einer Besatzungsarmee vorbereitet werden. Ein Leben, in dem Frauen nicht in einer ständig weiter militarisierten Gesellschaft leben.

Anscheinend gehören wir aber nicht zu „unseren jüdischen Mitbürgern“. Wir sind die Juden, die Sie durch den Verfassungsschutz überwachen lassen wollen. Wir entsprechen nicht dem Judenbild, das Ihnen als Innensenator von Berlin vorschwebt.

Maßen Sie sich wirklich an zu entscheiden, welche Juden zu „unseren jüdischen Mitbürgern“ gehören und welche nicht, Herr Geisel?!

Wie in diesem der israelischen Regierungslinie treuen Bericht zu lesen ist: „Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat sich gegen gesetzliche Maßnahmen gegen die BDS-Bewegung ausgesprochen. Bei einem Besuch beim israelischen Präsidenten Reuven Rivlin erklärte der CDU-Politiker, BDS-Aktivitäten müssten „politisch“ bekämpft werden. Ein Verbot der antisemitischen Bewegung hätte wegen hoher verfassungsrechtlicher Hürden keine Aussicht auf Erfolg.“

Genau das geschieht vor unseren Augen. Die deutschen Gerichte bekräftigen Schäubles Aussage, weil wir im Sinne des Grundgesetzes, des EU-Rechts und des Völkerrechts agieren, und Sie verfolgen uns politisch. Auch Worthülsen wie „Existenzrecht Israels“ helfen da nicht weiter, sie haben im Gerichtssaal nichts verloren. Staaten haben keine Rechte. In einer Demokratie und in einem Rechtsstaat geht es um Menschenrechte, die gestärkt werden müssen, während die Macht des Staates eingeschränkt werden muss. Mit der von Ihnen beabsichtigten Verfolgung von Juden, die nicht wie Sie denken, tragen Sie zur Einschränkung von Menschenrechten bei, und das noch unter Berufung auf die Demokratie.

Wenn ein SPD-Politiker AfD-Positionen vertritt, dann wird es für uns – wie für unsere jüdischen Vorfahren –, für Migranten und für andere in einer Demokratie Schutzbedürftige hier gefährlich. Ein Angriff auf die demokratischen Werte der Pluralität, Meinungsfreiheit und Transparenz ist ein Angriff auf uns als Jüdinnen und Juden!

Für den Vorstand der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., Trägerin des Göttinger Friedenspreises 2019, Iris Hefets

Links und Lesetipps

- www.amnesty-israel-palaestina.de

u.a. viele Links von Friedensorganisationen in Israel + Palästina

- www.palaestina-portal.eu

u.a. täglich umfangreiche Berichte, Artikel, Bilder ... (Archiv)

- www.oikoumene.org/de/resources/documents/executive-committee/minute-statement-on-the-legality-of-israeli-settlements-in-occupied-palestinian-territory?set_language=de

- www.jrbernstein.de – Judith und Reiner Bernstein

Jürgen Todenhöfer

Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten
Propyläen Verlag Berlin 2019

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

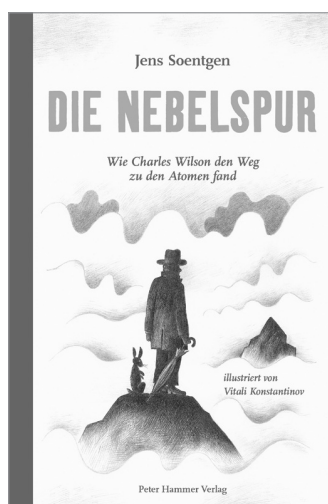
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Buchgeschenke

aus dem Peter Hammer Verlag



Jens Soentgen
Die Nebelspur
Wie Charles Wilson den Weg zu den Atomen fand
Illustr. von Vitali Konstantinov
120 S., Halbleinen, ab 14 und für alle, € 20,-
ISBN 978-3-7795-0624-9

Jens Soentgen erzählt - kenntnisreich und mit Humor - die Geschichte des schottischen Nobelpreisträgers Charles Wilson. Seine Großtat: die Erfindung der Nebelkammer, mit der er Atomteilchen für das bloße Auge sichtbar machte. Fein und mit Witz illustriert.



Arne Rautenberg
Katrin Stangl
vier kerzen drei könige zwei augen ein stern
24 Weihnachtsgedichte
Illustr. von Katrin Stangl
32 S., geb., ab 5, € 14,-
ISBN 978-3-7795-0620-1

Ein Sack voller Gedichte! Was drin ist, möchtet ihr wissen? Alles, was das Herz zum Fest begehrt, von hohoho bis pipapo! Oft lustig und ungestüm, manchmal leise und besinnlich. Und immer auf Augenhöhe mit den Kindern.



Sefi Atta
Die amerikanische Freundin
Roman
Aus dem Engl. von Simone Jakob
400 S., geb., € 26,-
ISBN 978-3-7795-0623-2

Lagos 1976. Auf einer Vernissage lernt Remi eine Amerikanerin kennen, die nach Nigeria gekommen ist, um Perlen zu kaufen. Die Frauen freunden sich an, obwohl Remis Ehemann die Fremde in Verdacht hat CIA-Spionin zu sein. Lange hält Remi dagegen, doch dann schleicht sich auch bei ihr Misstrauen ein ...



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de